

Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei
und des SD - Oslo

Oslo, den 21.8.42

3 55

Tgb.Nr. 31/42 g

26. VIII

Ic

03

Geheim!

Handwritten signature/initials

Handwritten signature

Meldungen aus Norwegen

Nr. 44

(O. Qu)

A. O. K. Norwegen O. Qu. 1	Bearb.	A.O.K. Norwegen (1c)
Eing.: 3 SEP. 1942 Mittelnr.: Ho	Tgb. Nr.: Anl.:	
		Eing.: 27. AUG. 1942 Nr.: 3774 / <i>Wg</i> Anl.: 1

A. O. K. Norwegen Abt. Va

Eing.: - 4. SEP. 1942	
Tgb-Nr.: 3472/42	geh. Ig. Kdos Anl. -

LB A.R. 24!

Vorliegender Bericht ist nur **persönlich** für den Empfänger bestimmt und enthält Nachrichtenmaterial, das der Aktualität wegen **unüberprüft** übersandt wird.

~~XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX~~

*Ausg. 27. 8. 42. gefertigt.
Ic 15.*

Inhaltsübersicht.

A - Allgemeine Lage.

- a) Stimmung.
Seite: 1 - 3
- b) Innerpolitische Entwicklung.
Seite: 4 - 7

B - Gegner.

- a) Allgemeine Widerstandsbewegung.
Seite: 8 - 11
- b) Kommunismus u. Marxismus.
Seite: 12
- c) Kirche.
Seite: 13 - 14

C - Lebensgebiete.

- a) Nasional Samling.
Seite: 15 - 20
- Germanische SS Norwegen.
Seite: 21 - 22
- b) Volkstum u. Volksgesundheit.
Seite: 23
- c) Kulturelle Gebiete.
Seite: 24 Wissenschaft u. Hochschule
" 24 - 29 Schule und Erziehung
" 30 - 31 Film
- d) Verwaltung und Recht.
Seite: 32 - 35
- e) Wirtschaft.
Seite: 36 - 46

Anlage: "Schwedische Presse".

A - Allgemeine Lage .

a) Stimmung.

Trotz des Anhaltens des deutschen Vormarsches im Südabschnitt der Ostfront ist eine wesentliche Änderung der allgemeinen Stimmung der norwegischen Bevölkerung nicht festzustellen. Die bedrohliche Entwicklung der Kriegssituation der Alliierten im Osten wird im allgemeinen nur insofern gewürdigt, als man von dem Ablauf der Ereignisse auf dem Kriegsschauplatz am Kaukasus Rückwirkungen für die militärische Entwicklung in Westeuropa erwartet. Die sich aus solchen Überlegungen ergebenden Befürchtungen - Verstärkung des wirtschaftlichen und militärischen Potentials der Achsenmächte, Freiwerden deutscher Truppen im Osten für den Einsatz im Westen usw. - werden nach den vorliegenden Berichten zwar im allgemeinen als beunruhigend empfunden, neuerlich aber in verstärkter Masse durch eine offenbar bewusst optimistisch gehaltene Gerüchtbildung über militärische Vorbereitungen oder angebliche militärische Erfolge der Westmächte zu übertönen versucht.

So werden zum Beispiel aus Tromsø, Drontheim, Stavanger und Kristiansand Gerüchte über eine bevorstehende englisch-amerikanische Invasion gemeldet. Fast übereinstimmend wird davon gesprochen, dass der 25. August 1942 als Termin einer solchen alliierten Aktion vorgesehen sei. Der Charakter und der Hintergrund dieser Gerüchtbildung kommt in einer in Bergen erfassten Äusserung aus gegnerischen Kreisen zum Ausdruck:

"Was werden die Alliierten tun? Denn etwas muss geschehen. Sie können doch nicht in Ruhe zusehen, wie Deutschland das russische Öl in Besitz nimmt, die iranischen und irakischen Quellen in Gefahr bringt, die arabische Welt und vor allen Dingen die Türkei beeinflusst. - Rommel aus Ägypten zu vertreiben ist das Erste. Wenn aber die Russen den Kaukasus nicht verteidigen können, wie sollen es die Alliierten dann verhindern?"

Wenn die Frage 'Kann die Eroberung der Ölfelder des Kaukasus durch eine englisch-amerikanische Invasion in Westeuropa verhindert werden' mit 'Ja' beantwortet werden kann, dann wird Churchill dies auf jeden Fall versuchen. Denn selbst ein Fehlschlag wäre besser, als den Deutschen die Ölquellen zu überlassen. Unabhängig davon muss Nordnorwegen unter allen Umständen besetzt werden - dies wird nur noch eine Frage der Zeit bzw. der dunklen Nächte sein. Für diese Aktion ist auch zweifellos noch Schiffsraum vorhanden."

Sehr bezeichnend für die Haltung der norwegischen Bevölkerung ist eine Meldung aus Larvik, wonach in gegnerischen Kreisen Sandefjords trotz der ständigen deutschen Erfolgsmeldungen folgende Gerüchte im Umlauf sind:

"Deutschland hat an allen Fronten ständig, grosse Menschen- und Materialverluste und wird in allernächster Zeit in Russland gezwungen sein, den Rückzug anzutreten. - In Afrika läuft eine deutsche Kompanie nach der anderen aus Wassermangel zum Feinde über. - England hat zur Zeit 1 1/2 Million Mann in Ägypten stehen. - Die deutschen Flugzeuge in Russland ergreifen beim Anblick russischer Jäger sofort die Flucht. - Die Musterung von 90 Fahrrädern im Bezirk Hedrum ist ein Beweis dafür, dass Deutschland in Kürze kein Benzin mehr haben wird."

Eine ähnliche Gerüchtebildung wird auch aus Stavanger berichtet. Dort wird u.a. erzählt, dass Generalfeldmarschall Rommel von den Engländern umzingelt oder sogar bereits gefallen sei. Weiter heisst es, dass grosse Teile der deutschen Sicherheitspolizei aus Norwegen abgezogen werden sollen, da in Deutschland Unruhen ausgebrochen seien. Aus Bergen wird berichtet, dass grosse Teile der Bevölkerung in der Beurteilung der Kriegssituation "geradezu unglaublich stur" seien. Immer wieder werde in Gesprächen - ohne auch nur den geringsten Versuch einer näheren Begründung - erklärt, dass es "ausgezeichnet vorwärtsgeht und die Deutschen langsam aber sicher verbluten".

Der "zweck-optimistische" Charakter dieser Gerücht- und Meinungsbildung wird in fast allen aus der Provinz vorliegenden Berich-

- 3 -

ten unterstrichen. In einem Bericht aus Oslo heisst es zum Beispiel, dass sich unter der Decke der optimistischen Äusserungen über die Kriegslage der Alliierten eine ständig grösser werdende Unsicherheit und Beunruhigung verberge.

b) Innerpolitische Entwicklung.

Die anhaltende Ferienstimmung und die gleichbleibende Inanspruchnahme des öffentlichen Interesses für den Ablauf der militärischen Ereignisse kennzeichnen weiterhin die Haltung der Bevölkerung in innerpolitischen Fragen.

Aus Provinz-Berichten geht hervor, dass - wie bereits mehrfach in den vorhergehenden "Meldungen aus Norwegen" berichtet - der städtische Hamsterer- und Touristenverkehr zu einer stärkeren Angleichung der Stimmung in den ländlichen Bezirken an die der Städte geführt hat. Dabei ist zu erkennen, dass bei dieser Entwicklung weniger aussenpolitische oder militärische Erwägungen eine Rolle spielen als vielmehr die schon länger zurückliegenden innerpolitischen Ereignisse. Eine besondere Rolle spielen offenbar dabei der Lehrerkonflikt und der Kirchenstreit. So ist zum Beispiel nach mehreren Berichten das Schicksal der 500 in Kirkenes in Haft befindlichen Lehrer Gegenstand von Erörterungen, die gewöhnlich in grundsätzlichen Formulierungen über den angeblichen Gegensatz zwischen norwegischem und nationalsozialistisch-deutschem Rechtsdenken ausmünden. In diesem Zusammenhang wird auch berichtet, dass die Erzählungen der Städter über Wohnungsbeschagnahmen, Geiselerhaftungen usw. stark zur Verhetzung der ländlichen Bevölkerung beitragen. Besonderes Aufsehen haben auch die kürzlich in verschiedenen Gebieten durchgeführten Abtransporte der eingezogenen Radioapparate erregt.

Gegenüber diesen Feststellungen über eine negative stimmungsmässige Entwicklung in den ländlichen Bezirken wird in denselben Berichten gewöhnlich auch darauf hingewiesen,

1. dass die Stimmung der bäuerlichen Bevölkerung starke örtliche Unterschiede aufweise und
2. dass die wirtschaftliche Verbesserung der Lage der Landwirtschaft unter dem nationalsozialistischen Regime der gegnerischen Propaganda die Arbeit sehr erschwere.

Zu letzterem Punkt wird allerdings häufig festgestellt, dass die NS-Propaganda die verhältnismässig günstigen Erfolgsaussichten

in den ländlichen Bezirken viel zu wenig zu nutzen verstehe. Die starken örtlichen Abweichungen, die die Stimmung der bäuerlichen Bevölkerung kennzeichnen, werden in den Berichten vor allen Dingen auf die sehr unterschiedliche charakterliche und fachliche Qualifikation der NS-Vertreter in den einzelnen ländlichen Bezirken zurückgeführt. So weist ein Gewährsmann in einem Bericht aus Hedmark darauf hin, dass für die Stellungnahme des Bauern zur Nasjonal Samling und auch zu Deutschland in weitgehendem Masse davon abhängt, welchen persönlichen Eindruck dieser Bauer von dem nächsten, in seinem Bezirk ansässigen NS-Mitglied oder von dem durch die NS eingesetzten Ordfører seiner Gemeinde gewinne. Für den Bauern sei das Verhältnis zur Nasjonal Samling im wesentlichen eine Frage des persönlichen Vertrauens. In programmatischen Fragen sei die bäuerliche Bevölkerung sowieso in den Hauptpunkten mit der Nasjonal Samling einig.

Gerade unter dem Gesichtspunkt des persönlichen Vertrauens jedoch - so heisst es in dem Bericht des Gewährsmannes weiter - enthalte das Bekanntwerden des Bauern mit den inneren Verhältnissen der Partei - Kliquenkämpfen, Korruptionsgerüchten usw. - ernste stimmungsmässige Gefahren. Es komme hinzu, dass die Nasjonal Samling aus dem Wunsch heraus, möglichst schnell alle Positionen der Gemeinde- und staatlichen Verwaltung sowie des übrigen öffentlichen Lebens mit NS-Mitgliedern zu besetzen, personelle Fehlgriffe vorgenommen habe, die alle wertvollen und aufbauwilligen Elemente davon abhielten, sich an der Neuordnung zu beteiligen, oder sich auch nur als Mitglied eintragen zu lassen. Der Bericht des Gewährsmannes schliesst mit der Feststellung, dass die Durchsetzung der Nasjonal Samling gerade in den bäuerlichen Bezirken in weitgehendem Masse von einer Überprüfung der Mitgliederschaft von Nasjonal Samling ganz allgemein und der von seiten der Partei in führende Positionen der gesamten öffentlichen Verwaltung eingesetzten Personen abhängig sei. Diese aus bäuerlichen Kreisen kommende Feststellung trifft sich mit der in zunehmendem Masse in breiten Parteikreisen so-

wie in ehemals nationalsozialistisch orientierten Kreisen ausserhalb der NS sich durchsetzenden Auffassung, ~~wonach~~ eine innere Auflösung der Partei unvermeidbar sei, wenn nicht endlich durch eine innere Bereinigung dem Kliquenwesen und der anhaltenden Korruptions-Gerüchtbildung ein Ende gesetzt werde.

Selbst in Parteikreisen wird man sich mehr und mehr darüber im Klaren, dass eine solche Bereinigung aus eigener Kraft heraus der Partei nicht mehr möglich sei. Dies hänge in starkem Masse mit dem Charakter der Persönlichkeit Quislings zusammen, der in dem Kliquenwesen entweder ein notwendiges Übel oder aber ein für die allgemeine Arbeit förderliches Moment zu erblicken scheine. Der Wunsch nach einem deutschen Eingreifen ist daher heute in Kreisen insbesondere der Osloer Parteimitgliedschaft verbreitet. Dabei ist bemerkenswert, dass dieses Eingeständnis der eigenen Unfähigkeit zur Konsolidierung der innerparteilichen Verhältnisse in den meisten Fällen als äusserst schmerzlich empfunden wird. P

In diesem Zusammenhang wird ferner häufig zum Ausdruck gebracht, dass das Abseitsstehen deutscher Dienststellen gegenüber den negativen Erscheinungen innerparteilichen Lebens der NS der deutschen Kritik häufig den Charakter der Schadenfreude gebe und damit weiter zur Vergiftung des Verhältnisses zwischen NS und deutschen Dienststellen beitrage. Es sei in weiten Parteikreisen bekannt, dass die deutschen Dienststellen ausserordentlich gut über die inneren Schwierigkeiten der Partei orientiert seien. Umso mehr sei man überrascht, dass von deutscher Seite dieser Entwicklung tatenlos zugesehen werde.

Dass der Kreis derjenigen NS-Mitglieder, die die Notwendigkeit eines deutschen Eingreifens in die innerparteilichen Verhältnisse für notwendig halten, rein zahlenmässig nicht unbedeutend ist, lässt sich u.a. auch an der durchaus geteilten Aufnahme der Gerüchte über die angeblich für den 25. September 1942 bevorstehende Einsetzung Quislings als Staatspräsidenten und Abberufung des Reichskommissars ablesen. Obgleich ein grosser

Teil der Parteimitgliedschaft sowohl in Oslo als auch in der Provinz - insbesondere Stavanger - sich von dieser angeblich bevorstehenden Entwicklung einen starken Aufschwung der Partei verspricht, wird doch von einem ebenfalls nicht geringen Prozentsatz der Mitgliedschaft Oslos darauf hingewiesen, dass die Abberufung des Reichskommissars gerade mit Rücksicht auf die innerparteilichen Verhältnisse zu Rückschlägen führen müsse, die wesentlich ernsterer Natur seien als diejenigen stimmungsmässigen Schwierigkeiten, die sich aus der Beibehaltung des gegenwärtigen Zustandes ergeben.

Sehr häufig wird darauf hingewiesen, dass eine bloße Erklärung über die Beendigung des Kriegszustandes ohne irgendwelche praktischen Folgen lediglich negative stimmungsmässige Folgen haben könne. Eine solche Erklärung würde weitgehend als ein Täuschungsversuch mit einer papierernen Phrase ohne reale Bedeutung aufgefasst werden. Einer Meldung zufolge erhofft man sich in führenden Regierungskreisen dagegen von einer solchen Erklärung zum mindesten die Beendigung der Bezahlung der Besatzungskosten durch Norwegen und eine langsame Einschränkung des deutschen zivilen Apparats und damit in Oslo eine Erleichterung in der Wohnungsfrage.

B - G e g n e r .

a) Allgemeine Widerstandsbewegung.

Wesentliche Stützen des Widerstandes in Norwegen sind nach wie vor die verschiedenen in mehr oder weniger grosser Auflage erscheinenden illegalen Zeitungen. Sie verbreiten die von der Emigrantenregierung in England herausgegebenen Nachrichten und Anweisungen zur Fortsetzung des Widerstandes. Nachdem in der letzten Zeit trotz der Aushebung einzelner Geheindruckereien die Anzahl der illegalen Zeitungen wieder angestiegen war, konnten nunmehr nach sorgfältiger nachrichtendienstlicher Vorbereitung die Herstellungsstätten von 5 Hetzschriften ausgehoben und die bei deren Herstellung massgebend Beteiligten festgenommen werden. Unter diesen illegalen Zeitungen, deren Ausfall für die Widerstandsfront eine erhebliche Schwächung bedeutet, befindet sich die allgemein bekannt gewordene Hetzschrift "Whispering Times", die von zwei Herstellungsstätten in Oslo aus in einer Osloer Ausgabe und in einer Landausgabe erschien. Die "Whispering Times" diente auch als Quelle für das Material, das andere illegale Provinzzeitungen zur Veröffentlichung benutzten. Der mit der Ausgabe dieser Druckereien der Widerstandsfront versetzte Schlag ist für diese umso bedeutungsvoller, als die führenden Männer der Herstellergruppen kurz vor diesen Aktionen übereingekommen waren, künftig zur Erzielung eines besseren Nachrichtendienstes zusammen zu arbeiten und neben den bestehenden Zeitungen gemeinsam eine neue illegale Zeitung, deren Titel noch nicht festgelegt war, herauszugeben. In den Büros des Osloer Rechtsanwaltes Birger B a k k e wurde der Vervielfältigungsapparat vorgefunden, der zur Herstellung dieser neuen Hetzschrift Verwendung finden sollte. Im einzelnen wurden die Herstellungsstätten folgender illegaler Schriften erfasst:

1. "Whispering Times", Osloer Ausgabe.

Sie wurde in einer Privatwohnung in Oslo hergestellt und enthielt im wesentlichen die Berichte des Londoner Rundfunks. Diese Nachrichten wurden in der gleichen Wohnung mit einem an einem Rundfunkgerät angeschlossenen Diktaphon aufgenommen, sodass auch bei Abwesenheit des Wohnungsinhabers die Sendungen empfangen und festgehalten werden konnten.

2. "Whispering Times", Landausgabe.

Auch die Herstellungsstätte dieser Zeitung befand sich in einem Privathaus in Oslo. Sie war besonders geheimnisvoll untergebracht. Sie befand sich in einem Raum zwischen dem Erdgeschoss und dem Keller dieses Hauses, zu dem man durch eine Falltür gelangte. Diese Falltür war mit einem Verschluss versehen, der durch einen elektrischen Kontakt gelöst wurde. Neben der Vervielfältigungsmaschine wurden in diesem Raum Schreibmaschinen und eine grosse Menge Papier gefunden. Die Herstellergruppe dieser illegalen Zeitung unterhielt auch eine Verbindung zum Polizeipräsidium Oslo durch einen inzwischen festgenommenen Polizeikonstabler.

3. "Kriegsübersicht".

Diese illegale Zeitung brachte im wesentlichen Nachrichten des Londoner Rundfunks. Die Ermittlungen nach ihren Herstellern und Verbreitern führten zur Festnahme des früheren Vorsitzenden des norwegischen Fussballbundes, des Personalchefs eines chemischen Betriebes in Oslo, Asbjörn H a l v o r s e n . Er hatte vor allem vorgeschlagen, die Organisation der illegalen Zeitungen zusammenzufassen.

4. "Freiheit", Stavanger.

Die in Stavanger herausgegebene "Freiheit" brachte im wesentlichen Material aus der "Whispering Times". Die Herstellergruppe der "Freiheit" wurde finanziell von der Hetzschriftengruppe "Fri Fagbevegelse" unterstützt. Auch in diesem

Falle wurde eine Druckerei ausgehoben.

5. Flugschrift an die Gewerkschaftsarbeiter.

Im Zusammenhang mit den Ermittlungen gegen die oppositionellen früheren Gewerkschaftler wurde eine Druckerei ausgehoben, in der eine gegen die Neuordnung der Arbeiterverbände polemisierende Flugschrift hergestellt wurde. Unter den festgenommenen Mitarbeitern dieser Flugschrift befanden sich der frühere Gewerkschaftssekretär Einar N i l s e n in Oslo und der Funktionär des Landesverbandes der Eisen- und Metallarbeiter, Kaare H a n s e n . In der Wohnung des Hansen wurden 24.000.-- Kronen gefunden, die nach Art der "Roten Hilfe" in der Arbeiterschaft zur Unterstützung der von der deutschen Sicherheitspolizei festgenommenen früheren Gewerkschaftler gesammelt worden waren.

Auch die Ermittlungen gegen die Hersteller und Verbreiter der illegalen Zeitschrift "Fri Fagbevegelse" wurden erfolgreich weiter fortgesetzt. So wurde als Verbreiter dieser Zeitung der frühere Direktor der Gewerkschaftsschule in Oslo, Halvard M. L a n g e , festgestellt und verhaftet. Lange hatte sich seinerzeit besonders für die Verleihung des Nobelpreises an den Juden Ossietzki eingesetzt.

In Drontheim wurden 8 Personen als Hersteller und Verbreiter der illegalen Zeitung "Handelsgymnasiaster", in Stavanger weitere 8 Personen als Hersteller und Verbreiter der Hetzschrift "Patriot" festgenommen.

Neben diesen Aktionen gegen die illegalen Zeitungen führten in der letzten Zeit die Ermittlungen gegen die von England aus zentral geleiteten grossen Widerstandsorganisationen, die auch untereinander zu einer Grossorganisation verbunden sind, zu derartigen Erfolgen, dass, wie die Vernehmungen festgenommener Führer der einzelnen Widerstandsgruppen ergeben haben, bei diesen Gegnern eine starke Beunruhigung und Unsicherheit eingetreten

- 11 -

ist, und die Nachrichtenverbindungen sowohl innerhalb Norwegens als auch die von Norwegen nach England ganz wesentlich unterbunden sind. Die einzelnen gegen die militärisch zusammengefassten Widerstandsgruppen geführten Aktionen konnten deshalb besonders erfolgreich durchgeführt werden, weil schon die in England geschulten und von dort mit bestimmten Aufträgen versehenen, in Norwegen abgesetzten Agenten kurz nach ihrer Ankunft festgenommen werden konnten. Bei der Auslese und der verhältnismässig guten Schulung, die diese Agenten in England erhalten haben, und angesichts der Unterstützung, die ihnen von der norwegischen Bevölkerung gegeben wurde, waren die Ermittlungen gegen diese Hauptpersonen des Widerstandes sehr schwierig. Auf Grund besonders erfolgreicher Ermittlungen in Oslo konnten in den letzten Wochen in Westfold, Oslo und Östfold umfangreiche Aktionen gegen die Leiter der mit der Organisation des militärischen Widerstandes befassten Gegnergruppen durchgeführt werden. Ebenso wie nach den früheren Festnahmen an der Westküste ergaben auch die bei diesen letzten Aktionen erfolgten Vernehmungen, dass der Aufbau der illegalen Militärorganisationen in Norwegen von England als Voraussetzung für das Gelingen eines Landungsunternehmens angesehen und entsprechend sorgfältig betrieben wurde.

b) Kommunismus und Marxismus.

Neben der Aufdeckung der bereits erwähnten illegalen Gruppe ehemaliger Gewerkschaftler, die eine Flugschrift gegen die Neuordnung der Arbeiterverbände herausgab und den weiteren Ermittlungen gegen die Hersteller und Verbreiter der illegalen Zeitung "Fri Fagbevegelse" hatten auch die weiteren Ermittlungen gegen die Reste der im wesentlichen bereits erfassten kommunistischen Terrorgruppen Erfolg. Es konnte die Wohnung eines Hauptführers dieser Gruppen in der Nähe Oslos festgestellt und die Ehefrau dieses Kommunisten, die bei dem Tun ihres Mannes beteiligt war, festgenommen werden. In der Wohnung wurden 3 Päckchen Chlorkalcium und eine Flasche Schwefelsäure, die zu neuen Attentaten verwendet werden sollte, sichergestellt.

c) Kirche.

Die Lage auf kirchenpolitischem Gebiet hat sich durch die von der kirchlichen Opposition gegründete "Vorläufige Kirchenleitung" sowie durch die vom Kirchendepartement ergriffenen Gegenmassnahmen weiterhin verschärft.

So veranlasste das Kirchendepartement zunächst ein Gesetz über die neue Zusammensetzung der Gemeinderäte, die in Zukunft aus einem zuverlässigen Pfarrer, dem Bürgermeister und politisch positiven Laien bestehen sollen.

Ferner richtete das Kirchendepartement am 5.8. an das Vereinskonto des Innendepartements das Ersuchen, die "Vorläufige Kirchenleitung" auf Grund der bestehenden Vereinsgesetzgebung als illegal aufzulösen.

Am gleichen Tage forderte das Kirchenministerium vom Polizeidepartement die Einziehung der Amtstrachten der abgesetzten Bischöfe H i l l e , M a r o n i , S k a g e s t a d , F l e i s c h e r , K r o h n - H a n s e n und von 28 verabschiedeten Pfarrern, da diese trotz Verbotes nach wie vor im Ornat auftraten.

Weiter schickte das Kirchendepartement ein Rundschreiben an alle Kreisstäbe der NS und an sämtliche Fylkesmänner und Bürgermeister, in dem die "Vorläufige Kirchenleitung" als ungesetzlich und aufrührerisch bezeichnet wird. Die Staatspolizei werde künftig eingreifen, wenn ein abgesetzter Pfarrer seine Arbeit in seiner Gemeinde wie früher fortsetze, obwohl schon ein neuer Priester eingesetzt sei. Da die norwegische Kirche eine Staatskirche sei, könne die Organisation der Kirche nur von der gesetzgebenden Macht im Lande aufgelöst werden. Die von den abgesetzten Bischöfen proklamierte Auflösung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche sei gesetzwidrig und deshalb auch für die norwegische Kirche nicht rechtsgültig.

Als weitere Massnahme kam eine Verordnung über die Übernahme der standesamtlichen Funktionen der Pfarrer durch zivile Dienststellen heraus.

In einem Schreiben an das Innendepartement regte das Kirchenministerium an, die Vermögen der Leiter der "Vorläufigen Kirchenleitung" wegen der ungesetzlichen Gründung dieses Zusammenschlusses einzuziehen. Wie bereits berichtet, besteht der Plan, den nichtordinierten Professor der Theologie, H a l l e s b y , festzunehmen. Die übrigen führenden Mitglieder, insbesondere die ehemaligen Bischöfe, sollen gemeinsam mit B e r g g r a v in der bisherigen Form der Unterbringung Berggravs zusammengefasst werden. M a r o n i und H y g e n sollen wegen ihres Alters in einem Altersheim untergebracht werden. Es wird auch erwogen, gegen die Leiter der "Vorläufigen Kirchenleitung" ein Ermittlungsverfahren beim Reichsadvokaten anzustrengen.

Inzwischen ist es bereits in zwei Fällen, in denen abgesetzte Geistliche der Aufforderung der "Vorläufigen Kirchenleitung", Amtstracht zu tragen und ihre Funktionen wieder auszuüben, nachkamen, zu Eingriffen der norwegischen Staatspolizei gekommen. Der frühere Sekretär Berggravs und Geschäftsführer der Israel-Mission, Pastor R o s e f , wurde während der Gottesdienstzeit in seiner Wohnung festgehalten, da er im Ornat Gottesdienst abhalten wollte. - Der abgesetzte Pfarrer und zurückgetretene Leiter der kirchlichen Rundfunksendungen, Ingvald B. C a r l s e n , wollte in Amtstracht aus der Sakristei zum Altar gehen, wurde aber von der norwegischen Polizei angehalten und auf das Ungesetzliche seiner Handlungsweise aufmerksam gemacht. Es gelang ihm jedoch, die Beamten von einem weiteren Vorgehen abzuhalten, indem er darauf hinwies, dass es unzulässig sei, einen Pfarrer "an heiliger Stätte" zu verhaften. Während die Polizei weitere Weisungen einholte, begann der Gottesdienst, der von Carlsen ohne Störung abgehalten wurde.

C - Lebensgebiete .a) Nasjonal Samling.

Den zustimmenden Widerhall, den die Artikel junger norwegischer Nationalsozialisten im "Germaneren" und im "Hirdmannen" hatten, liess in weitesten Kreisen der NS, im besonderen aber seitens der Jugend die positive Einstellung zu den in diesen Artikeln vom norwegischen nationalsozialistischen Standpunkt aus behandelten Problemen der Rassenfrage, der Freimaurerei und der Notwendigkeit grossgermanischen Denkens erkennen.

In einem Aufsatz des SS-Angehörigen Per I m e r s l u n d , in welchem dieser als Frontsoldat in bisher nicht bekannter Deutlichkeit zum Freimaurerproblem in Norwegen Stellung nimmt, wird der Auffassung breiter Kreise des Hird und auch der Hauptorganisation selbst Ausdruck gegeben. In diesem Artikel heisst es:

"Sie (die Freimaurer) wollen uns wirklich einreden, dass willenslose Werkzeuge im Kampf der Plutokratie und des Bolschewismus plötzlich gute und treue NS-Leute werden können. Einige kommen sogar mit dem lächerlichen Argument, dass sie doch "alte Kämpfer" seien.

Alte Freimaurer, die sich alte NS-Leute nennen, sind für uns nur alte Saboteure innerhalb unserer eigenen Reihen. Als wir den Kampf für ein nationalsozialistisches Norwegen aufnahmen, konnten viele unter uns noch nicht "sehen". Wir wussten nicht, dass diese unheimlichen Elemente nur die Bewegung schwächten. Wir glaubten, sie seien Norweger, weil sie norwegisch geboren sind und mit nationalen Redensarten um sich warfen. Viele, die vom Anfang an mit waren, waren durch heiligen Eid verpflichtet, gegen uns zu kämpfen. Und sie kämpfen gegen uns und mit Erfolg...."

Von NS-Seite wird verschiedentlich darauf hingewiesen, dass mit der Frage der Freimaurerei ein für die Entwicklung der NS entscheidendes Problem angeschnitten worden sei. Wenn es den jungen Nationalsozialisten und revolutionären Kräften, die nun z.T. von der Front zurückkehrten, gelänge gegenüber einer alten verbrauchten Schicht ihren Einfluss in der Partei durch-

zusetzen, sei nach Ansicht von NS-Kreisen der Weg als nationalsozialistische Bewegung kürzer und leichter.

Auch der ebenfalls im "Germaneren" erschienene Artikel "Eigenart und Eigenheit", von einem Angehörigen des Hirdstabes verfasst, ist seitens breiter NS-Mitgliederkreise stark beachtet und besprochen worden. Der Aufsatz richtet sich gegen einen norwegischen Übernationalismus. Mit diesem Aufsatz seien nach Auffassung vieler NS-Mitglieder auch an die "Übernorweger" der NS notwendige Worte gerichtet worden. Westbye schreibt in seinem Artikel:

"Die natürlichen Bande des Blutes und die eisenharte Notwendigkeit der Geschichte bilden zusammen die nordisch-germanische Schicksalsgemeinschaft. Auf dieser Grundlage neue Kräfte und Wert zu schaffen ist Nationalsozialismus. Das ist auch norwegischer Nationalsozialismus, norwegische Eigenart."

Beide Artikel hatten, wie seitens zahlreicher NS-Mitglieder betont wird, einen starken Widerhall gefunden und innerhalb der NS eine günstige Auswirkung.

Zu der Frage der Wiedergewinnung der Selbständigkeit Norwegens, die in der letzten Zeit in steigendem Masse innerhalb der NS diskutiert wird, kommt, wie aus Berichten aus den verschiedenen Gebieten des Landes übereinstimmend hervorgeht, immer unverhohlener eine skeptische Auffassung zum Ausdruck.

Seitens pro-deutsch eingestellter und nationalsozialistisch ausgerichteter NS-Mitglieder wird dazu festgestellt, dass es immer schwerer falle, die Argumente des Gegners, in denen immer wieder auf die deutschen Massnahmen der letzten Zeit hingewiesen wurde, zu entkräften.

Der feste Willen, die deutsche Politik in Norwegen dem Gegner gegenüber zu verteidigen, stehe häufig im Gegensatz zu den Zweifeln, die auch deutschfreundlichen NS-Mitgliedern bei der Betrachtung mancher Massnahmen kommen müssten. Man stelle auf NS-Seite fest, dass deutsche Massnahmen nicht immer aufgrund politischer, militärischer oder kriegswirtschaftlicher Notwendigkeit getroffen würden. Solange man in deutschfreundlichen

- 17 -

NS-Kreisen auch nur die geringste Notwendigkeit erkennen könne, sei man bereit, solche Massnahmen bei Auseinandersetzungen mit dem Gegner und weniger fest ausgerichteten NS-Mitgliedern zu verteidigen. Wenn man aber die Überzeugung gewonnen habe, dass ohne dringende Notwendigkeit das nationale Empfinden auch der NS-Mitglieder belastet werde, könne man nicht verlangen, dass man die deutsche Politik noch verteidige.

Auf den norwegischen Freiheitsgedanken geht ein Leitartikel der zweiten Nummer des "Germaneren" ein mit der Überschrift: "Unser grösster Triumph". In diesem Aufsatz wird von NS-Seite der Versuch gemacht, diese Diskussion aufklärend und ausrichtend zu steuern. Es heisst darin:

"Der Freiheitsgedanke ist für die germanischen Völker das tragende Prinzip gewesen. Daher muss eine germanische Volksgemeinschaft notwendigerweise auf eine Gemeinschaft zwischen freien germanischen Völkern bauen. Diesen Gedanken mitten im Chaos des Krieges zu verwirklichen stösst natürlich auf viele Schwierigkeiten und setzt grosse Forderungen an die Verkünder dieser Idee.

Es ist klar, dass es für ein germanisches Volk mit einem so fanatischen Freiheitsdrang wie das norwegische schwer ist, dass es in die demütigende Stellung eines okkupierten und besiegten Landes gekommen ist. So gilt es hier eine kameradschaftliche Zusammenarbeit zwischen Germanen, von denen der eine Teil Sieger und der andere in Wirklichkeit militärisch besiegt ist.

Dies stellt Forderungen an beide Teile

Mit der gegnerischen Propaganda sich auseinandersetzend bemüht sich der Aufsatz, zu überzeugen, dass "Deutschland" germanisch handelt, dass es denkt und handelt, wie ein "siegendes germanisches Volk". In dem Artikel heisst es weiter:

"Und auf den Schultern der norwegischen Nationalsozialisten ruht die schwere Verantwortung dafür, dass die germanische Brüderschaft verwirklicht wird, in unserem Land, in nordischem und norwegischem Geist.

Irreführte und Gegner der ganzen Welt haben ihre Augen auf Norwegen gerichtet. Es wird als Prüfstein für die Verwirklichung des germanischen Gedankens betrachtet."

Die Zustimmung, die dieser Artikel innerhalb der NS fand, zeigt, dass insbesondere in der Jugend Kräfte vorhanden sind, die zu einem engeren Zusammengehen mit Deutschland bereit sind.

In den letzten Tagen war nach der vorhergegangenen verhältnismässig positiven Entwicklung eine überraschend eingetretene und auffallende Stimmungsverschlechterung innerhalb der NS festzustellen. =

Mitglieder der NS aus den verschiedensten Kreisen berichten von einer "spontanen Reaktion" auf die nun bekanntgegebene Einziehung der Rundfunkgeräte. Häufig werden wieder ausserordentlich skeptische und pessimistische Auffassungen über die weitere Entwicklung der NS laut. Man treffe übereinstimmend die Feststellung, dass durch die deutschen Massnahmen der letzten Zeit im besonderen aber durch die Einziehung der Rundfunkgeräte wesentlich auf die politische Entwicklung und die Zukunft der NS von deutscher Seite Einfluss genommen würde. Diese Auffassung sei keine von irgendwelcher Parteiseite herausgegebene Parole, sondern würde in breiten Kreisen der NS vertreten. Bei vielen NS-Mitgliedern, so wird in den Berichten angeführt, werde diese letzte Aktion als ein direkter Angriff auf die Nasjonal Samling betrachtet. Sie bedeute wiederum - wie manche der deutschen Massnahmen der letzten Zeit - eine Barriere mehr auf dem Wege der Nasjonal Samling zum Volke. =

In den Berichten positiv deutschfreundlicher und nationalsozialistisch ausgerichteter NS-Mitglieder, deren politische und weltanschauliche Einstellung innerhalb der NS spürbaren Widerhall findet, wird die neuerliche Komplizierung ausserordentlich bedauert und darauf hingewiesen, dass die verhältnismässig erfreuliche Entwicklung der letzten Zeit empfindlich gestört sei.

Die Tätigkeit der NS hat, wie aus Berichten aus den verschiedenen Teilen des Landes hervorgeht, zum Teil eine Belebung erfahren. In den meisten Fylken wurden Kreistreffen abgehalten.

- 19 -

In Nordnorwegen brachte nach dem Besuch des Ministers Lunde insbesondere die Vortragsreise des Ministers Riisnaes einen Auftrieb der NS-Propaganda.

Im Fylke Bergen wurde in Ullensvang am Hardangerfjord ein Kreistreffen durchgeführt, in dessen Rahmen u.a. eine Hochmesse gehalten wurde. Der Durchführung dieses Gottesdienstes stellten sich erhebliche Schwierigkeiten insofern entgegen, als der Kirchenschlüssel zunächst nicht aufzufinden war. Der Pfarrer von Ullensvang hat aus Protest gegen die "Entheiligung" seiner Kirche durch die NS in einem benachbarten Ort einen Protestgottesdienst abgehalten, der von den Bewohnern der gesamten Umgebung besucht wurde.

In Zusammenhang mit diesem Vorfall wird zur Frage der Abhaltung von Gottesdiensten bei Parteitreffen von NS-Seite wiederholt die Meinung vertreten, dass durch das Veranstellen solcher Gottesdienste, was wohl eine taktische Massnahme darstellten soll, die Kirchenfrage nur kompliziert werde. Daneben würden weltanschaulich unklare NS-Mitglieder in ihrer Ausrichtung verwirrt. Mit dem in Ullensvang abgehaltenen Gottesdienst sei es der NS lediglich gelungen, die Bauern der gesamten Umgebung in ihrer ablehnenden Hinstellung gegenüber der NS zu versteifen.

Die zahlenmässige Entwicklung der NS seit dem 1.2.1942 bis zum 15.7.1942 zeigt einen Gesamtmitgliederzugang von 5 521 Mitgliedern gegenüber 5 867 in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Durchsetzung der Verwaltung in den Fylken mit NS-Mitgliedern ist in der letzten Zeit schneller fortgeschritten. Von insgesamt 746 Ordförern sind 576 NS-Mitglieder, das sind 77 % der amtierenden Ordförere. Verhältnismässig schwache Positionen hat die NS innerhalb der Verwaltung der abgelegenen Gebiete der Westküste. In den Fylken Östfold, Oslo, Hedmark, Opland, Buskerud, Vestfold, Telemark dagegen sind z.B. die Lensmänner zu durchschnittlich 90% NS-Mitglieder.

Rep 2/842

Meldungen aus Norwegen Nr 44

76

- 20 -

Die NSUF hielt von Ende Juli bis 10. August 1942 im Rahmen eines Lagers ihre diesjährigen Sommerspiele im Frogner Park und als Höhepunkt die sportlichen Wettspiele im Bislet Stadion ab. Sowohl das Lager als auch die Organisation der Sportwettkämpfe zeigten gegenüber dem letztjährigen Sommerlager in Drammen sowohl zahlenmässig als auch bei den Teilnehmern haltungsmässig einen bedeutenden Fortschritt.

Der derzeitige Stabsleiter Tidemand R u d beabsichtigt im Herbst an die Front zu gehen. Als neuer Stabsleiter ist der z.Zt. noch bei der Norwegischen Legion dienende frühere Jugendführer Björn Ö s t r ø n g in Aussicht genommen.

Die Teilnahme einer Abordnung norwegischer Jugend an dem Jugendtreffen in Weimar hat sich, wie aus den Berichten der einzelnen Teilnehmer hervorgeht, ausserordentlich positiv ausgewirkt. Die Teilnehmer seien von Braunschweig und dem dort Erlebten sehr beeindruckt gewesen. Anschliessend nahm die Gruppe noch an dem Treffen in Florenz teil. Die norwegischen Jugendlichen äusserten sich nach der Rückkehr aus Italien übereinstimmend dahingehend, dass der Aufenthalt in Florenz und die Aufnahme durch die italienische Jugend zwar sehr eindrucksvoll gewesen wäre, mit dem Herzen seien sie aber doch in Weimar gewesen. Nach diesem Besuch bei der faschistischen Jugend wäre jedem der Teilnehmer klar geworden, wohin die norwegische Jugend gehöre.

Germaniske SS Norge.

Die Germaniske SS Norge, der nach wie vor das lebhafteste Interesse aller politischen Kreise in Norwegen gilt, hat am 17.8.1942 ihre aktive Arbeit mit einem 4-wöchentlichen Lehrgang in Kongsvinger fortgesetzt, dessen Programm sowohl weltanschauliche Schulung wie wehrsportliche Übungen vorsieht. Die Teilnehmerzahl an diesem Lehrgang beträgt ungefähr 50 Mann.

Die Diskussion über die Germaniske SS hat durch verschiedene sehr scharfe Artikel in der zweiten Nummer der Zeitung "Germaneren" weiteren Auftrieb erhalten. Insbesondere hat ein Artikel des SS-Freiwilligen Per I m e r s l u n d über das Freimaurerproblem in Norwegen erhebliches Aufsehen erregt. Imerslund bezeichnet in diesem Artikel die früheren Freimaurer, die heute in der NS stehen und sich als alte Kämpfer bezeichnen, als Saboteure am Nationalsozialismus. Dieser Artikel fand namentlich bei den jüngeren Aktivisten sowie bei den Frontkämpfern lebhafteste Zustimmung. In anderen Kreisen löste jedoch dieser Artikel erheblichen Unwillen aus, wobei besonders darauf verwiesen wurde, dass dieser Artikel aus der Feder eines Mannes stamme, der zwar seit vielen Jahren als Nationalsozialist gelte, jedoch nicht Mitglied der NS sei.

Die Erörterung dieses Problems ist ziemlich allgemein, insbesondere wird hierbei die Frage nach der Einstellung Quislings zur SS aufgeworfen. Quisling bzw. die NS, habe sich bisher in der Freimaurerfrage sehr tolerant bzw. unklar verhalten, während von Seiten der Germaniske SS Norge, die bekanntlich dem Förer direkt unterstellt sei, nunmehr in scharfer Form gegen die Freimaurer Front gemacht werde.

In Hirdkreisen besteht nach wie vor eine gegnerische Einstellung gegenüber der SS, da der Hird befürchtet, seine Stellung als Rückgrat der Bewegung zu verlieren, wenn es der SS gelingt, eine straffe Organisation aufzubauen.

Es deuten andererseits bereits heute verschiedene Anhaltspunkte darauf hin, dass sich führende Kreise in der NS der

- 22 -

Haltung der Germanske SS Norge anschliessen werden, so z.B. die Tatsache, dass sich der Generalsekretär der Partei, Minister F u g l e s a n g , zur Aufnahme in die Germanske SS Norge gemeldet hat und gleichzeitig den Wunsch äusserte, im Herbst dieses Jahres an die Front zu gehen.

Der Aufbau der Germanske SS Norge ausserhalb des Gebietes Oslo ist inzwischen so weit gediehen, dass für drei Fylkesbezirke bereits Männer mit dieser Aufgabe betraut worden sind. Und zwar wurden für den Fylke Östfold der Polizeimeister L i n d - b l o m aus Sarpsborg, für den Fylke Hedmark Sverre L i e aus Hamar und für den Fylke Opland Alf J o h a n n e s s e n aus Gjøvik als Stützpunktleiter eingesetzt.

b) Volkstum und Volksgesundheit.Volkstum:

Das Interesse für die alte norwegische Bauernkultur wird weiterhin in der Tagespresse und in Zeitschriften zu wecken versucht. Besondere Erwähnung finden dabei in letzter Zeit die Volksmuseen, deren Zahl noch erhöht werden soll, um die jetzt noch vorhandenen alten Bauernhaustypen vor der Vernichtung zu bewahren. Neuerdings werden anscheinend auf Anregung von Minister L u n d e auch Berichten über alte Volksbräuche und Sitten in der Presse häufig Raum zur Verfügung gestellt.

Das Organ des Norwegischen Architektenverbandes "Bygge Kunst" hat ein Spezialheft (Nr. 3-4/42) herausgegeben, das den grössten Volksmuseen gewidmet ist, unter besonderer Würdigung der Verdienste der beiden Direktoren des Maihaugen- und Bygdö Volksmuseums Anders S a n d v i g und Hans S a l l . In der Artikelserie werden die norwegischen Architekten aufgefordert, sich in den Charakter und das Stilgefühl der alten Bauten zu vertiefen, um bei den neuen Bauplänen in Übereinstimmung mit dem Nationalcharakter zu bleiben.

Volksgesundheit:

Das Protestschreiben der Professoren an der zahnärztlichen Hochschule im Zusammenhang mit der Neubesetzung des Rektorpostens wurde von Seiten des Ministeriums, wie auch von Seiten des neu ernannten Rektors B u s s unbeantwortet gelassen. Weitere Protestschritte, wie auch Aufforderungen an die Studenten zum Fernbleiben von der Hochschule im kommenden Semester sind bisher unterblieben. Es liegen keine Anzeichen vor, dass durch den Eingriff in die Hochschulverhältnisse Störungen des Lehrbetriebes im kommenden Semester auftreten werden.

c) Kulturelle Gebiete.Wissenschaft und Hochschule.

Der nach der Abberufung von Prof. Wedervang mit der vorläufigen Leitung der Handelshochschule in Bergen beauftragte Prof. S c h ö n h e y d e r ist aufgrund einer Verfügung des Departements für Handel und Industrie durch Prof. E. W. P a u l s o n ersetzt worden. Der neue Rektor, der sein Amt zunächst für die Dauer eines Jahres übertragen erhalten hat, ist bisher sowohl als Persönlichkeit wie auch als Wissenschaftler weniger in Erscheinung getreten. Seine wissenschaftliche Arbeit ist im wesentlichen an die Leitung des "Kontors für betriebswirtschaftliche Forschung" in Bergen geknüpft gewesen.

An der Technischen Hochschule in Drontheim wurden bei den diesjährigen Aufnahmeprüfungen zum ersten Mal neben den Abgangszensuren des Abiturs für einen gewissen Prozentsatz von Studenten auch politische Gesichtspunkte in Betracht gezogen. Auf diese Weise wird diese Hochschule im kommenden Semester rund 50 neue NS-Studenten mehr zählen. Die Gesamtzahl der NS-Studenten dürfte sich danach auf rund 70 belaufen, was ungefähr 10 % der Gesamtzahl der immatrikulierten Studenten ausmacht.

Schule und Erziehung.

In der Berichtszeit war die Lage auf diesem Gebiet weiterhin von der Fortdauer der allgemeinen Schulferien bestimmt. - Je näher jedoch der Termin der Wiederaufnahme des Unterrichtes (19. August) heranrückte, desto häufiger wurde in den verschiedensten an der Schule interessierten Kreisen der Auffassung Ausdruck gegeben, dass das derzeitige Verhältnis zwischen Lehrerbund und Lehrerschaft nicht von Bestand bleiben werde. Im Vordergrund stand hierbei die Frage der Freilassung der in Kirkenes befindlichen Lehrer und die Wiedereinsetzung von verhaftet gewesenen Lehrern in die früheren Ämter. In gegnerischen Kreisen ist ausserordentlich weitgehend die Überzeugung vorhanden, dass bei Nichterfüllung dieser Erwartungen

die Schule in eine schwere neue Krise eintreten werde. Nach einer Reihe von Anstalten hat es dabei den Anschein, als ob ein erheblicher Teil der Eltern- und Schülerschaft ebenfalls gesonnen ist, an dieser Entwicklung einen besonderen Anteil zu nehmen. Es darf als verbürgt betrachtet werden, dass von dieser Seite die Absicht besteht, auf die Lehrerschaft dahingehend einzuwirken, dass sie die Freilassung ihrer noch in Haft befindlichen Berufsgenossen zu einer unabweislichen Forderung zu Beginn des neuen Schulhalbjahres machen soll. Darüber hinaus wird von radikaler Seite in den verschiedensten Formen sogar dafür agitiert, dass die Schüler jetzt überall dem Unterricht fernbleiben sollen, wo ein Lehrer sich zur Mitgliedschaft im Lehrerbund bekenne.

Eine weitere Beunruhigung der Lage auf dem Gebiete der Schule und Erziehung muss ausserdem erneut auch von kirchlicher Seite erwartet werden, wo man in dem Kampf der Lehrerschaft gegen die NS eine unmittelbare Unterstützung der eigenen Interessen sieht.

Die Zwangsarbeit der Lehrer in Kirkenes wirkt sich auch weiterhin vielfach als ein besonderes Moment der Beunruhigung in der Bevölkerung aus. Das fragliche Thema spielt in den politischen Vorstellungen und Erörterungen sehr grosser Kreise unvermindert seine abträgliche Rolle.

Zur Frage der Rückkehr der längere Zeit in Haft gewesenen Lehrer auf ihre früheren Posten wird in den Kreisen des "Norwegischen Lehrerbundes" übereinstimmend die Befürchtung geäussert, dass ein derartiges Vorgehen zu einer unübersehbaren Kette von Zwischenfällen, Demonstrationen, Reibereien und sonstigen Störungen der Ordnung und Disziplin an den Schulen führen werde. Vor allem sei die Gefahr dafür gross, wenn es sich um die Wiedereinnahme von führenden Posten (Rektoren- und Direktorenstellungen) durch gemassregelte Lehrer handele. Abschliessend ist in Bezug auf die Gesamtlage noch festzustellen, dass bei einem nicht unerheblichen Teil der norwegischen Lehrerschaft trotz der starken gegnerischen Aktivität ausserordentlich klare Vorstellungen darüber bestehen, dass ein erneuter Schulkonflikt

- 26 -

einen wesentlich ernsteren Verlauf nehmen dürfte als der vorherige und unter Umständen zu einer Existenzfrage der norwegischen Schule für die Dauer des Krieges überhaupt werden könne. Aus diesem Grunde fehlt es auch nicht an Versuchen von gemässiger Seite auf die Lehrerschaft einen entsprechenden Einfluss geltend zu machen. Der Erfolg scheint im Augenblick jedoch fraglich zu sein.

Im Schulbezirk von Bergen wird gegenwärtig von der Lehrerschaft eingehend die Tatsache erörtert, dass seitens des dortigen Fylkingleiters des Lehrerbundes, Rektor B i n g , in Zusammenarbeit mit dem staatlichen Schuldirektor B a k k e während der Ferien für sämtliche Höheren Schulen in Bergen NS-Lehrer als Direktoren bestimmt wurden. Diese Massnahme hat die Lehrerschaft stark verärgert und in ihrem Abwehrwillen bestärkt.

Mit dem gleichen Sachverhalt befasst sich auch eine aus dem Hardanger-Gebiet eingegangene Meldung. Wie vertrauliche Mitteilungen ergaben, besprachen sich in der Zeit vom 19. - 21. Juli etwa 50 Schüler und 5 Lehrer aus Haugesund, Koppervik, Odda, Voss und Bergen bei einem Schülertreffen über die Haltung der Schüler bei der Wiederaufnahme des Unterrichts nach den Sommerferien. Wie aus den Äusserungen eines beteiligten Schülers zu entnehmen gewesen ist, wurde dort zwar kein endgültiger Beschluss gefasst, jedoch ein allgemeiner Schulstreik für diejenigen Schulen vorgesehen, deren Rektor in der Zwischenzeit durch einen NS-Mann abgelöst wurde oder jetzt noch wird. Weitere Ermittlungen laufen.

Als ein Beispiel für die Gedankenlosigkeit und die Verwirrung im Departement schildert Schuldirektor B a k k e , dass vom Departement ein Fragebogen an die einzelnen Schulleiter versandt worden sei, in dem auch u.a. Unterlagen über die Zahl der Lehrer gefordert werden, die nicht im Lehrerbund seien, aber ihre Arbeit wieder aufgenommen hätten. Bakke ist der Auffassung, dass auf Grund der bestehenden Verordnung ja unmöglich sei, dass ein Lehrer, der nicht im Lehrerbund wäre, Unterricht erteile, sondern zwangsläufig als Mitglied betrachtet werden müsse, vor allem dann, wenn er auch sein Gehalt in Anspruch nehme, Bakke

lehnte deshalb die Verteilung der Fragebogen ab und verständigte das Departement dementsprechend. Daraufhin kam nach einigen Tagen eine dahingehende Antwort, dass die Fragebogen auch nicht mehr interessieren würden.

Die vom Kirchen- und Unterrichtsdepartement erlassene Verordnung, wonach neuerdings in die örtlichen Schulausschüsse auch der Gemeindepfarrer zu berufen ist, wird von den meisten politisch klar sehenden NS-Lehrern als wenig zweckmässig abgelehnt, indem man darauf verweist, dass ja gerade von kirchlicher Seite sehr weitgehend der Widerstand gegen die politische Neuordnung im allgemeinen und den Lehrerbund im besonderen organisiert worden ist.

Aus Anlass des Stiklestad-Treffens sprach Minister S k a n c k e am 28.7.1942 auf einem Kameradschaftsabend der NSUF in Verdal bei Drontheim. Nach einleitenden Ausführungen über die Grundsätze der Ausbildung des geistigen Führungsnachwuchses ging der Minister auf die Förderung von Disziplin und Haltung bei der Erziehung der neuen Generation ein. Um dieses Ziel zu erreichen, müsse nicht zuletzt auch der Lehrerstand reformiert werden. Als Lehrer der neuen Jugend habe der die besten Voraussetzungen, der sich in Jugenddienst und Arbeitsdienst schon bewährt habe.

Von dem langjährigen Leiter der Lehrerschule in Levanger bei Drontheim, Dr. Almar N a e s s , wird zur Zeit sowohl über die Presse wie auch auf dem Weg über den Lehrerbund mit ausserordentlicher Initiative an der Propagierung einer Schul- und Erziehungsreform gearbeitet. Seinen Plänen, die durchweg von recht guter Sachkenntnis zeugen, wird seitens der Lehrerschaft jedoch mehr Widerwille als Interesse entgegen gebracht.

Aus verschiedenen Kommandeurbereichen wird ferner berichtet, dass das amtliche Organ des Lehrerbundes, "Den norske Skole" (Die norwegische Schule) nur wenig gelesen werde. Die den Schulen zugestellten Stösse von Freixemplaren blieben wochenlang unberührt in den Lehrerzimmern liegen.

Bei der Durchsuchung der Wohnung des Bankangestellten Nils H. Nilsen aus Drontheim wurde eine Liste gefunden, die eine Reihe von Namen früherer Angehöriger des Handelsgymnasiums in Drontheim als Teilnehmer an einer internen Jössinger-Veranstaltung enthält. Bei der fraglichen Zusammenkunft wurden im offiziellen Teil verschiedene politische Reden gegnerischen Charakters gehalten. Der betreffenden Liste war seinerzeit die schriftliche Bemerkung mitgegeben worden, dass sich auf ihr nur wirkliche Jössinger eintragen möchten. Die Ermittlungen sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen. Vorläufig wurden 15 Personen in Haft genommen.

Nach den bis zur Abfassung dieses Berichtes vorliegenden Meldungen ist der gestrige Wiederbeginn des Unterrichts in Oslo und den ostnorwegischen Bezirken zumindest nach aussen hin in Ruheverlaufen. Dieser Sachverhalt wird auch von Seiten des Departements, der staatlichen Schuldirektorate und der leitenden Stellen des Lehrersambands übereinstimmend berichtet. Soweit in den übrigen Teilen des Landes der Schulbeginn nicht erst Ende des Monats stattfindet, ist auch dort der Unterricht wieder entsprechend aufgenommen worden. Wo in einzelnen Lehranstalten ein grosser Prozentsatz von Schülern nicht erschienen ist, handelt es sich nach der bisher vorhandenen Übersicht darum, dass die Familien noch nicht vom Lande zurückgekehrt sind. Bestimmend hierfür dürften in erster Linie die dort gegebenen besseren Ernährungsverhältnisse sein. Daneben war die Feststellung zu treffen, dass die Anmeldungen zum 1. Schuljahr vielfach zwischen 20 - 30% hinter den Durchschnittsziffern zurückblieben. Dies erklärt sich daraus, dass eine Reihe von Eltern auf Grund ihrer Überzeugungen hinsichtlich des weiteren Verlaufes des Krieges es vorziehen, das Jahr abzuwarten und ihr Kind erst mit 7 anstatt mit 6 Jahren zur Schule zu schicken, was ihnen nach der geltenden Gesetzgebung freisteht.

Aus Bergen wird berichtet, dass sich für die Aufnahme an die dortigen höheren Lehranstalten 520 Schüler gemeldet haben, von denen jedoch nur rund 500 zugelassen werden. Über die Aufnahme der einzelnen Schüler hat sich der Fylkings-Leiter des

Lehrerbundes, Rektor an der Kathedralschule, B i n g , die Entscheidung vorbehalten.

Der 1. Fall eines Streiks wird jetzt von der Aasheim-Schule in Leinestrand (Drontheim) gemeldet. Dort wurde der Lehrer Peter B r o m s e t h wegen seiner gegnerischen politischen Einstellung seiner Stellung enthoben. Bei Wiederbeginn der Schule erklärten zwei Lehrerinnen, den Unterricht nicht aufnehmen zu können, da Bromseth nicht dem Gesetz gemäss verabschiedet worden sei. Da der dringende Verdacht besteht, dass die betreffenden Lehrerinnen einem bestimmten Widerstandskreis angehören, ist im Interesse der Ermittlungen die Festnahme einige Tage hinausgeschoben worden.

Allgemein gesehen hat es den Anschein, als wenn die zur Zeit vorhandenen grossen Spannungsmomente auf dem Gebiet der Schule erst in den nächsten Tagen zu einer Weiterentwicklung der augenblicklichen Sachlage führen würden.

- 30 -

F i l m

Die Frage des Wechsels in der Leitung des Filmdirektorats, dessen Termin ursprünglich für den 1. Juli 1942 vorgesehen und dann auf deutschen Wunsch auf den 1. Januar 1943 verlegt wurde, ist erneut akut geworden. Leif S i n d i n g beabsichtigt schon am 1. September d.J. seinen Posten zu verlassen und hat bereits ein entsprechendes Gesuch bei Minister Lunde eingereicht. Neben dem schon lange gehegten Wunsch, wieder in die praktische Filmarbeit zurückzugehen, sind - wie er erklärt - vor allem die dauernden Anfeindungen und Intrigen gegen seine Person für seinen Entschluss massgebend, schon jetzt sein Amt im Filmdirektorat niederzulegen.

Sinding hat auch als Regisseur wegen seiner NS-Mitgliedschaft mit grösseren Schwierigkeiten zu kämpfen, da der politische Widerstand der Schauspieler in den letzten Monaten immer stärker und offenkundiger zum Ausdruck gekommen ist. Nachdem bereits im Frühsommer dieses Jahres die Einspielung des von Sinding und Finn Halvorsen (als Textverfasser) geplanten Filmes "Mein Leben für Norwegen" an der ablehnenden Haltung der Schauspieler gescheitert war (vgl. "Meldungen aus Norwegen" Nr. 40 vom 15.6.1942, Abschnitt Theater), ist auch die Einspielung eines anderen von Sinding geplanten rein literarischen Filmes "Josefa" (nach dem Roman von Gabriel Scott) aus dem gleichen Grund vorläufig unmöglich geworden. In erster Linie waren es die für den Film als Hauptdarstellerin vorgesehene Schauspielerin Vibeke F a l k und der Schauspieler Carsten W i n g e r, die unter nichtigem Vorwand ihre Mitwirkung in dem genannten Film verweigerten. Die besonders NS- und deutschfeindliche Einstellung von Vibeke Falk belegt ihre Äusserung, dass die Tatsache der NS-Mitgliedschaft Sindings sowie die Todesurteile gegen Norweger, an denen die NS indirekt Schuld sei, ihr eine Arbeit unter der Regie Sindings unmöglich mache. Obwohl Sinding diese Begründung als unsachlich bzw. unzutreffend ablehnte, gelang es Frau Falk doch durch verschiedene Manöver,

- 31 -

zuletzt durch die Beibringung eines von einem Jössingerarzt
ausgestellten Attestes, sich der Mitwirkung in dem erwähnten
Film zu entziehen.

In diesem Zusammenhang ist der gegenwärtige Norwegen-Besuch
der schwedischen (norwegisch geborenen) Filmschauspielerin
Sonja Wigert zu erwähnen, die Sinding nunmehr für den
oben erwähnten "Josefa"-Film als Hauptdarstellerin gewinnen
will. Die Engagementsverhandlungen sind jedoch noch nicht zu
einem Abschluss gekommen, da Sonja Wigert offenbar zu hohe Gegen-
forderungen stellt. Die Einspielung des Filmes wird ohnehin
erst im nächsten Jahr erfolgen können.

d) Verwaltung und Recht.

Verwaltung.

Zur Zeit befassen sich einige Dienststellen der allgemeinen und inneren norwegischen Verwaltung mit den verschiedensten Reformplänen. An der Spitze dieser Pläne steht das Bestreben des Innendepartements, sich gegenüber den anderen Osloer zentralen Verwaltungsinstanzen eine gewisse Führungsstellung zu verschaffen. Diese Führung soll jedoch nur administrativer Art sein und gewissermassen eine Koordinierung der dreizehn Departements erreichen. Es ist bezeichnend, dass derartige Bemühungen von Seiten des norwegischen Innendepartements unternommen werden, da dadurch - wenn auch nicht öffentlich - jedenfalls zugegeben wird, dass die Verwaltungsverhältnisse seit dem 1.2.1942 hinsichtlich der Zusammenarbeit der einzelnen Departements keinesfalls als vorbildlich bezeichnet werden können und einer baldigen Änderung bedürfen. Die Notwendigkeit einer gewissen zentralen Führung durch das Innendepartement wird auch von der überwiegenden Mehrzahl der provinziellen Dienststellen anerkannt und die "Konkurrenz" der Zentralbehörden in Oslo auf "persönliche Eigenschaften" Einzelner zurückgeführt.

Im Zusammenhang mit der Schaffung einer zentralen Stellung des Innendepartements steht auch die Frage der Zuständigkeits-erweiterung des Fylkesmannes. Nach der Auffassung des Innendepartements könne aber an dieses Problem erst dann herangegangen werden, wenn die übergeordnete Frage des Innendepartements und seiner Stellung gelöst sei. Wie weit diese Reformarbeit gediehen ist, steht im Einzelnen noch nicht fest, doch scheint aus verschiedenen Vorgängen, wie Personalveränderungen, Versetzungen ins Innendepartement usw. sowie aus mehrfachen Äusserungen von Fachkreisen hervorzugehen, dass an einen baldigen Abschluss dieser Arbeiten keinesfalls gedacht werden kann. Die Hauptschwierigkeiten sollen in der zögernden Haltung fast sämtlicher Departements, die dieser Arbeit des Innen-

departements eine besondere Vordringlichkeit nicht zusprechen, liegen.

Die erwähnten Personalveränderungen und Versetzungen innerhalb der allgemeinen Verwaltung haben sowohl in Verwaltungskreisen von Oslo, als auch in den betreffenden Gebieten selbst grösseres Aufsehen erregt. Besonders vermerkt wird die Tatsache, dass Nord-Norwegen in der letzten Zeit verschiedentlich von derartigen Änderungen betroffen wurde, obwohl gerade dieser Landesteil eine ruhige Entwicklung sehr nötig hätte. Als vor wenigen Monaten der Fylkesmann von Tromsfylke, H a s l e , ins Innendepartement berufen wurde, schien mit der Person des aus dem Polizeidienst kommenden R a m s t a d eine befriedigende Entwicklung zu beginnen. Nach knapp 2 Monaten wurde jedoch R. abgelöst und durch den zweifellos tüchtigen Richter B u l l aus Hammerfest ersetzt. Wie hierzu bekannt wird, soll Ministerpräsident Q u i s l i n g diese Entscheidung selbst getroffen haben. Da neben der Veränderung in der Besetzung der Tromsöer Fylkesmannstellung noch eine Umbesetzung des Polizeipräsidentenpostens von Kirkenes erfolgte, (Berufung ins Innendepartement nach Oslo) wird auch von norwegischer Seite hervorgehoben, dass dadurch in wirtschaftlicher und verwaltungsmässiger Hinsicht keine günstige Entwicklung für Nord-Norwegen erwartet werden könne. Ausserdem könne der häufige Wechsel in der Besetzung der höchsten staatlichen Verwaltungsstellen den Eindruck erwecken, dass die Stellung des Fylkesmannes hauptsächlich als Sprungbrett für die höhere staatliche Karriere benutzt würde und aufgrund der gemachten Erfahrungen kein Beamter damit rechne, längere Zeit in diesem Amt zu verbleiben.

Gleichzeitig mit diesen bereits durchgeführten Personalveränderungen wird bekannt, dass mit Versetzungen aus Bodö (Fylke Nordland) zu rechnen sei. So soll der Fylkesmann von H i r s c h nach Oslo berufen und der Fylkesfører versetzt werden. Eine Versetzung des allgemein als sehr fähigen Verwaltungsfachmann anerkannten Fylkesmannes von Hirsch ins Innendepartement würde die Auffassung bestärken, dass das Innendepartement bemüht ist, mit Hilfe guter Kräfte die erwähnten Reformarbeiten zu beginnen.

In diesem Zusammenhang sei auch erwähnt, dass vielfach das Problem der Zusammenlegung von Partei- und Staatsämtern in einer Person besprochen wird. Die zur Zeit bestehenden Verhältnisse seien äusserst unterschiedlich. Wenn eine Personalunion in der Mittelinstanz bis jetzt zwar nur in wenigen Fällen vorhanden sei, so sei doch in dem Bestreben, Partei-Gross-Fylken zu schaffen, das Ziel zu erblicken, wonach das Problem zugunsten des Fylkesförers gelöst würde. Die Lage bei den Gemeinden, insbesondere bei den Landgemeinden sei im Vergleich hierzu etwas anders gelagert. Wenn der Ordförer (Bürgermeister) einer Landgemeinde vielfach auch Lagförer (Ortsgruppenleiter) sei, so müsse man diese Personalunion mehr vom Standpunkt der schwierigen personellen Lage innerhalb der NS aus betrachten.

Recht.

Von NS-Juristen wird, insbesondere auch im Gespräch mit Deutschen, immer wieder die Frage eines Friedensschlusses mit Deutschland erörtert und dabei hervorgehoben, dass rechtliche Bedenken jedenfalls nicht entgegenstünden. Richter und Rechtsanwälte ausserhalb der NS vertreten jedoch fast regelmässig die Meinung, dass ein solcher Friedensschluss auf die grosse Masse der Norweger keinen Eindruck machen würde. Da das norwegische Volk in seiner überwältigenden Mehrheit Quisling und seine Regierung aus politischen bzw. rechtlichen Gründen nicht anerkenne, würde es auch einen von Quisling geschlossenen Frieden als bedeutungslos ansehen und keinen Anlass finden, nunmehr der NS und ihren Zielen mehr Sympathie entgegenzubringen oder ihre Einstellung zu Deutschland zu ändern.

Sowohl von Seiten des Justizministers, als auch von Seiten der Leitung des Advokatenverbandes ist daran gedacht, in den nächsten Wochen ein Generalsekretariat des Verbandes aufzubauen. Zum Generalsekretär soll der Drontheimer Advokat B a u c k ernannt werden. Um die rein fachliche Ausrichtung des Advokatenverbandes zu betonen, wird weiterhin daran gedacht, jedem Rechtsanwalt laufend Mitteilungen zuzustellen, die

fachliche und sonstige, den Rechtsanwaltsberuf interessierende Fragen berühren sollen. Gegebenenfalls sollen diese Mitteilungen im Laufe der Zeit zu einer Fachzeitschrift ausgebaut werden. Namhafte Vertreter der Wissenschaft sollen als Mitarbeiter gewonnen werden. U.a. soll es als eine Hauptaufgabe betrachtet werden, besonders wichtige Urteile eingehend zu erläutern und weiterhin eine Art Kommentar zu neuen Gesetzen oder Verordnungen zu bringen. Man ist sonach bemüht, die Arbeit und auch den Aufbau des Advokatenverbandes nach rein fachlichen Gesichtspunkten auszurichten, um dadurch von vornherein den Vorwurf eines parteipolitischen Instrumentes von Seiten gegnerisch eingestellter Anwälte auszuschalten. Trotzdem sind ausserhalb der NS stehende Juristen der Überzeugung, es werde, vor allem auch im Hinblick auf den Stand in der Lehrer- und Kirchenfrage, zur Zeit nicht möglich sein, einen lebensfähigen Advokatenbund zu schaffen.

Vor dem SS- und Polizeigericht waren in der Zeit vom 1.1. - 31.7.1942 88 Strafverfahren gegen Norweger anhängig. In den einzelnen Verfahren waren häufig eine ganze Reihe von Personen angeklagt. 29 Norweger wurden zum Tode verurteilt und zwar 17 wegen Englandfahrt, 6 wegen Abhörens und Verbreitens englischer Rundfunksendungen, 3 wegen aktiver Unterstützung der russischen Kriegsmarine auf norwegischem Boden, 2 wegen Spionage zu Gunsten Englands sowie 1 wegen unbefugter Unterhaltung eines Waffenlagers. In drei Fällen hat der Reichskommissar die Todesstrafe im Gnadenwege in eine Zuchthausstrafe umgewandelt.

Vor dem norwegischen Volksgesicht nimmt die Zahl der zur Verhandlung kommenden Bagatellsachen ab. Ein grösserer Prozess gegen etwa 20 Angeklagte, die illegale Flugblätter verteilt und sich im Sinne der verbotenen politischen Parteien betätigt hatten, endete mit Strafen von 3 Monaten bis zu 4 Jahren. Das Urteil wurde in gegnerischen Kreisen wenig besprochen und fand keine besondere Kritik.

e) WirtschaftErnährungswirtschaft:

Die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln wird nach übereinstimmenden Berichten durch erhebliche Schwankungen der Zufuhr sehr erschwert. // =

In besonderem Masse wird die ungleichmässige Kartoffelzufuhr bemängelt. Die norwegischen Behörden sähen sich ausserstande, eine durchgreifende Besserung und eine klare Regelung herbeizuführen. Die Bevölkerung vertrete die Ansicht, eine Kartoffelrationierung sei im Hinblick auf den wesentlich gesteigerten Anbau überflüssig. Die Bauern, die Händler und auch die Verbraucher würden behördlicherseits angehalten, sich Vorräte hinzulegen, jedoch seien Lagerräume nur in ungenügendem Masse geschaffen worden und die Beteiligten selbst ausserstande, mangels Baumaterialien, ausreichende Vorratsräume anzulegen. F

Auch hinsichtlich der Versorgung mit Gemüse und Obst klage die Bevölkerung besonders in den Städten darüber, dass auf den Märkten und in den Geschäften fast nichts zu haben sei. // =

Die Misstimmung in den Verbraucherkreisen über die mangelhafte Ernährung wird in letzter Zeit durch eine systematische Gerüchtebildung unterstützt. Es wird u.a. davon gesprochen, dass die Bauern ihre Erzeugnisse an den Sammelstellen nicht ablieferten, weil sie mit einer Beschlagnahme durch Wehrmachtstellen rechnen müssten. Hierzu wird aus Kristiansand ein Beispiel angeführt, wonach einer Marktfrau von einem vorbeigehenden deutschen Offizier der gesamte Gemüsestand beschlagnahmt worden sei. Aus Bergen wird gemeldet, dass die Bevölkerung in ihrer Meinung noch bestärkt würde, wenn an den vor Gemüse- und Kartoffelläden anstehenden Frauen mit Gemüse beladene Fahrzeuge der Wehrmacht vorbeiführen. //

Qu. //

L B

Kopied.
ill. und prüf

#

Die Kartoffel- und Gemüseknappheit sei nach Auffassung der Verbraucher weiter damit zu erklären, dass auch in diesem Jahr die Wehrmacht ihren Bedarf in erster Linie aus der norwegischen Erzeugung decke, ohne Rücksicht darauf, ob die Bevölkerung ausreichend versorgt sei oder nicht. Die einzelnen Wehrmachtsstellen böten selbst oder durch angesetzte Aufkäufer höhere Preise und würden auch unter Androhung von Druckmitteln die Bauern veranlassen, ihre Produkte ohne Beachtung bestehender Versorgungsvorschriften willkürlich abzugeben

Schleichhandel:

Veranlasst durch Gerüchte über eine bevorstehende "Hungerperiode" hat das Hamster- und Tauschunwesen Formen angenommen, die mit Rücksicht auf die Versorgung der Gesamtbevölkerung bedenkliche Auswirkungen zur Folge haben können. Die Verbraucherkreise, die zum Hamstern Geld und Gelegenheit haben, setzen sich über alle bestehenden Vorschriften und Anordnungen hinweg und bezeichnen ihre stillen Aufkäufe über die rationierten Zuteilungen hinaus mit "berechtigter Selbstversorgung".

In diesem Zusammenhang wird berichtet, dass der Ausdruck "Schleichhandel" für den unerlaubten Handel mit Nahrungsmitteln heute in keiner Weise mehr zutreffend sei, weil kein Mensch mehr ein Hehl daraus mache, wenn er auf unerlaubte Weise Nahrungsmittel erworben habe. Nach hiesigen Feststellungen sind in den nach Oslo fahrenden Zügen die Gepäcknetze vollbepackt mit Koffern, Kisten und Körben. Die Fahrgäste unterhalten sich unbeschwert darüber, wie und wo sie gehamstert haben.

Einen grösseren Umfang hat auch das Hamstern mittels Fahrrädern angenommen. Man fühlt sich nicht mehr veranlasst, etwas zu verbergen und weist daraufhin, dass die Versorgungsämter in der Provinz und die übrigen Behörden der

der Hamsterei und dem Tauschhandel nicht nur machtlos gegenüberstünden, sondern die Beauftragten der Ämter und Behörden sich auch selbst in aller Öffentlichkeit daran beteiligten.

Für Lebensmittel werden bei den Bauern Preise bezahlt, die an Inflationserscheinungen grenzen und zum Teil das Zehnfache des amtlich festgesetzten Preises erreichen. Im Tauschhandel werden von den Bauern mit Vorliebe Tabakwaren, Spirituosen und Bekleidungsstücke in Zahlung genommen.

Die Lebensmittelknappheit wird insbesondere von Gegnerkreisen propagandistisch ausgenutzt. Die Kreise versuchen bei den Bauern durch Verbreitung von Gremelnachrichten über die Notlage in den Städten Mitleid zu erregen. Die Hamsterei ist nach Auffassung der Bauern als eine Niederlage der Regierung anzusehen. Man vertritt die Meinung, dass die NS-Regierung, trotz der zahlreichen auf allen Gebieten erlassenen gesetzlichen Bestimmungen, nicht die Macht habe, sich durchzusetzen.

In besonderem Masse wird von den Bauern missbilligend vermerkt, dass sich auch NS-Angehörige gewissenlos am Hamstern beteiligen.

Die bisherigen Bestrebungen, den Schleichhandel wirksam zu bekämpfen und eine durchgreifendere Preisüberwachung herbeizuführen, haben keinen nachhaltigen Erfolg gehabt. Offenbar infolge Personalmangels bei der Preispolizei war es bisher nicht möglich, umfassendere Ermittlungen anzustellen. Es konnten verhältnismässig nur wenige Einzelfälle erfasst werden und zur Verhandlung kommen. Dabei handelte es sich in der Hauptsache um leichtere Vergehen.

Die getroffenen Massnahmen haben erfahrungsgemäss nicht genügt, dem Schwarzhandel und der Preissteigerung entgegen zu treten. Hinzu kommt, dass auch die Urteile der norwegischen Gerichte derartig milde sind, dass durch sie eine abschreckende Wirkung nicht erreicht wird. Vielfach wird nur auf Geldstrafen oder bedingte Freiheitsstrafen erkannt. Verschiedentlich sind die Geldstrafen niedriger gewesen, als die von den Tätern erzielten Gewinne.

Um diesen Mängeln abzuhelpfen, sind in einer Besprechung zwischen den zuständigen Dienststellen des Reichskommissariates und der Sicherheitspolizei folgende Massnahmen in Aussicht genommen worden:

Es soll auf die norwegische Justiz eingewirkt werden, um durch Richterversammlungen die Richter zu schulen und ihnen die Notwendigkeit schärferer Strafen vorzustellen. Ausserdem soll der norwegische Justizminister veranlasst werden, eine Verordnung zu erlassen, worin Mindeststrafen für Schwarzhandel und Preisüberschreitungen festgelegt werden. Es wird ferner in Erwägung gezogen, bei besonders krassen Fällen durch Beschlagnahmen und Vermögensentziehungen eine abschreckende Wirkung zu erzielen.

Die bisherigen Verkehrskontrollen müssen effektiver durchgeführt werden.

Erörterungen in der letzten Zeit haben darüberhinaus ergeben, dass der Fracht- und Paketverkehr zugenommen hat. Auf Veranlassung der Sicherheitspolizei sollen daher in Zukunft laufend Fracht- und Postgutkontrollen vorgenommen werden, um auch die Zufuhr von Hamsterwaren auf diesem Wege zu unterbinden.

Bei den Ermittlungen über den sehr umfangreichen Schwarzhandel mit Gebrauchsgegenständen und Bedarfsgütern ist immer wieder die Beobachtung gemacht worden, dass sich Heeres-, Marine- und Luftwaffendienststellen der Schwarzhändler bedienen, um ihren Truppenbedarf zu decken. Auch die Nordag und neuerdings auch die OT sollen Schleichhändler zur Deckung ihres Bedarfs herangezogen haben. Trotz ständiger Bemühungen ist es bisher nicht möglich gewesen, diesem Unwesen Einhalt zu gebieten. Den Intendanturen soll daher letztmalig die Auflage gemacht werden, sich in Zukunft nur noch des normalen Handels unter üblichen Wirtschaftsmethoden zu bedienen, andernfalls die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.

Im übrigen soll durch besondere sicherheitspolizeiliche Massnahmen gegebenenfalls eine abschreckende Wirkung erzielt werden.

2
11
In der
hoch
Kontrollen
26
die nur-
regul
Kontrollen

Banken:

In den Meldungen aus Norwegen wurde wiederholt darauf hingewiesen, dass die Direktion^{en} und Aufsichtsräte der Banken bei der Einsetzung von NS-Angehörigen in leitende Stellungen die grössten Schwierigkeiten machen und sich die Klagen von NS-Mitgliedern über eine schlechte Behandlung in verschiedenen Banken; insbesondere in bezug auf Vorschläge über gut fundierte Geschäfte, mehren. Aus Tromsø wird beispielsweise berichtet, dass der Advokat Ivar Austad, der als Nachfolger des nach Oslo versetzten Advokaten und Wortförers Motzfeld (NS) die Leitung der Arbeitgebervereinigung, Tromsø, übernommen hat, auf der letzten Generalversammlung der "Forretningsbank" durch die Stimmenmehrheit der "Jössinger" aus dem Vorstand der Bank entfernt wurde, obwohl er gesinnungsmässig auch zu ihnen zählt. Ivar Austad wurde aus dem Vorstand der Bank entfernt, weil er die Leitung eines Verbandes übernahm, der unter NS-Führung steht. Als Nachfolger wurde der gegnerisch eingestellte bekannte Brauereidirektor Bredrup gewählt. Sowohl das Finanzdepartement als auch der NS-Beauftragte für Bankfragen befassen sich z. Zt. mit der Frage, wie man am zweckmässigsten die alten Direktionen und Aufsichtsräte durch neue ersetzen könne, die nach Möglichkeit nur aus NS-Mitgliedern zusammengesetzt sein sollen. Es fanden zu diesem Zweck u. a. Besprechungen mit dem Wortförer von Oslo, dem NS-Personalkontor, dem Reichsökonomiechef, der Bankinspektion und dem Landesleiter der NS-Bauerngruppe statt. Der Finanzminister und der NS-Beauftragte für das norwegische Wirtschaftsleben sind übereingekommen, vorerst nur für die staatsgarantierten Banken neue Direktionen und Aufsichtsräte zu ernennen. Der NS-Beauftragte für Bankfragen hat dem Finanzminister namentliche Vorschläge für die neu zu ernennenden Direktionen und Aufsichtsräte gemacht und in seinem Schreiben an den Minister u. a. erklärt, dass jeder einzelne Kandidat überprüft worden sei und nur fachkundige und ehrenhafte Persönlichkeiten vorgeschlagen worden seien. Der Finanzminister ist im wesentlichen mit den Vorschlägen einverstanden und

hat sie dem Ministerpräsidenten zur Entscheidung vorgelegt.

Reorganisierung des norwegischen Bankwesens.

Seit längerer Zeit ist man im Finanzdepartement und in NS-Bank- und Wirtschaftskreisen bemüht, einen Plan für die Reorganisierung des norwegischen Bankwesens aufzustellen. In den Meldungen aus Norwegen vom 26.4.42 wurde der Plan, auf den man sich geeinigt hatte, ausführlich wiedergegeben. Der Expeditionschef Nissen im Finanzdepartement hat nunmehr hierzu eine Denkschrift verfasst, zu der der NS-Beauftragte für Bankfragen in einem Schreiben vom 29.7.42 an den Finanzminister ausführlich Stellung genommen hat. Dieses Schreiben verdient deshalb besondere Beachtung, weil der NS-Beauftragte für Bankfragen, Bankdirektor Schlytter-Henrichsen, zugleich der Berater des Finanzministers ist. In dem Schreiben heisst es u.a. wie folgt:

Soll Nasjonal Samlings Programm befolgt werden und ebenfalls die moderne Bankpolitik, so weiss ein jeder, dass das Bankwesen unseres Landes einer Zentralisation bedarf. Immer wieder ist behauptet worden, dass wir in Norwegen ebenso wie in Deutschland und England das Bankwesen zentralisieren müssten, jedesmal fand man aber wieder Ausflüchte. Es wurde auf geographische Verhältnisse, auf spezielle Sparbanksysteme usw. hingewiesen.

Ein Blick auf die Ordnung des Bankwesens in Deutschland zeigt sofort die Zentralisierung desselben. Sämtliche Banken, mit Ausnahme der Reichsbank, sind in der "Reichsgruppe Banken", die etwa "Norges Bankforbund" entspricht, zusammengefasst.

In der deutschen "Reichsgruppe Banken" befinden sich also auch die Kreditvereinigungen. Analog hierzu schlug ich in meinem ursprünglichen Entwurf eine ähnliche Ordnung für Norwegen vor, aber als man von Seiten der Banken stark entgegenhielt, dass man erst die Wirkung des Zusammenschlusses von Privat-, Spar- und staatsgarantierten Banken in einem Verband abwarten müsste, stimmte ich einer vorläufigen

Heraushaltung der Kreditvereinigen zu. Ich bin auch damit einig, dass man nicht automatisch das Ausland kopieren soll, bevor man gesehen hat, ob es für unsere Verhältnisse passt.

In der mir zur Stellungnahme von dem Herrn Minister zugesandten Denkschrift wird u.a, dargelegt, dass die staatsgarantierten Banken dem "Norges Bankforbund" nicht angeschlossen werden müssten, weil diese Banken ihre Mittel mit Hilfe langfristiger Anleihen vom Staate garantiert bekommen, während die Privatsparbanken Einlagen von der Allgemeinheit erhalten und in dieser Weise sich Mittel für ihre Tätigkeit schaffen. Erstaunlicherweise nennt der Einsender mit keinem einzigen Wort das Aktienkapital der Privatbanken.

Expeditionschef Nissen ist der Ansicht, dass bei einer Neuordnung des Bankwesens berücksichtigt werden müsste, auf welche Weise die verschiedenen Banken ihre flüssigen Mittel erhalten. Wenn er z.B. im weiteren über Liquiditätsschwierigkeiten sagt, dass "die staatsgarantierten Banken dieses Problem nicht hätten" (im Gegensatz zu den Privat- und Sparbanken), so zeigt dies nur, dass der Verfasser über die praktischen Schwierigkeiten, die einzelne staatsgarantierte Banken heute auf Grund der Über-Liquidität haben, nicht unterrichtet ist. Es scheint, als ob der Verfasser allgemein gesehen, die tragende Idee in meinem Vorschlag nicht begriffen hat, wenn er erklärt, dass die Staatsbehörden faktisch die Herrschaft über die staatsgarantierten Banken "ohne den Umweg über den Bankverband" haben.

Wie der Herr Minister weiss, ist mein Vorschlag über die Reichswirtschaftsgruppe Banken (jetzt verändert in "Norges Bankforbund") einer Reihe Finanzkundiger zur Stellungnahme vorgelegt worden. Der ursprünglichen Fassung des Vorschlages traten unter anderem bei: Finanzrat Sandberg, Chefdirektor Rygg, Bankdirektor Gundersen, Reichsbankdirektor Gross und Bankchef Weber-Laumann, ohne, dass ein einziger dieser Herren die geringste Einwendung gegen die Einordnung der

staatsgarantierten Banken unter Norges Bankforbund vorbrachten.

Aus diesem Grund scheinen die in der Denkschrift enthaltenen Einwendungen, die im wesentlichen auf einer theoretischen Auseinandersetzung über die Liquiditätsfrage für die verschiedenen Banken basieren, von äusserst kleiner Bedeutung zu sein.

Die Forderung der Zeit ist die Zentralisierung, etwas, was man seit langem im Ausland eingesehen hat. Deswegen muss die Dezentralisierung in Norwegen effektiv aufhören. Ein guter Schritt vorwärts wäre die Errichtung des "Norges Bankforbund" mit "Den norske Bankforening", "Centralforeningen for Norges Sparebanker" und "Statsgaranterte bankers forening" als Mitglieder. Die Erfahrungen, die man hier gewinnt, sind die Grundlage für einen weiteren Ausbau im Einklang mit den Forderungen der Zeit und zum Besten für unser Land."

Arbeit und Sozialwesen.

Arbeitseinsatz - Arbeitsvermittlung.

Für die Kriegswirtschaft, so wird aus Tromsø berichtet, wirke sich arbeitseinsatzmässig gesehen das Nichtvorhandensein einer einheitlichen Steuerung aller grossen Aufgaben (Festungsbau, Strassenbau, Bahnbau, Unterkunftsbau, Bau von Versorgungsanlagen) äusserst nachteilig aus und habe dazu geführt, dass jede Einheit und Dienststelle bemüht sei, die vorhandenen Möglichkeiten, Arbeitskräfte zu erhalten, für sich auszuschöpfen. Wie notwendig jeweils eine Entscheidung darüber ist, welche Aufgaben am vordringlichsten erfüllt werden müssen, zeigen folgende Beispiele:

1. Arbeitseinsatz:

Während der Chefintendant eine kontingentmässige Aufteilung der norwegischen Arbeitskräfte vornimmt, werden von einzelnen Dienststellen bei Stellung kurzfristiger Termine immer neue Bauaufgaben verlangt, die ein dauern-

des Anwachsens des Arbeitskräftebedarfs mit sich bringen. Hier kann nur durch straffe einheitliche Planung im Materialeinsatz, Arbeitseinsatz und im Transportwesen Abhilfe geschaffen werden.

2. Materialeinsatz:

Das zur Verfügung stehende Holz reicht zur Durchführung der grossen Aufgaben der OT, Strassenbau usw., kaum aus. Wenn für diese Bauten infolge Transportschwierigkeiten kein Holz nachgeliefert werden kann, müsste eine Entscheidung gefällt werden, nach der die übrigen Bauaufgaben zurückgestellt werden müssen, wenn das Holz für die OT-Aufgaben, schon wegen ihrer grösseren Bedeutung, verwendet werden soll.

3. Die Truppe erhält Befehle, Stellungen zu verdrahten und den Draht bei den Weidezäunen der Gehöfte abzunehmen. Die Durchführung dieser Befehle ist jedoch nach Feststellung der Pionierstäbe nicht möglich, da der hier vorhandene Draht so alt und schlecht ist, dass er bereits beim Abmontieren unbrauchbar wird.

Weiterhin wird aus Tromsö berichtet, dass in der Schifffahrt, vor allem beim Einsatz der Kutter, durch das Fehlen einer zentralen Führung und bei einem mangelndem Verständnis der zuständigen Stelle für die anderen Aufgaben, ein Durcheinander herrsche, was sich für die übrigen Wirtschaftszweige, besonders für die Fischwirtschaft, nachteilig ausgewirkt habe.

Der Arbeitskräftebedarf, besonders für Bauarbeiten, für die Landwirtschaft, für Hafen- und Transportarbeiten und auch für den Brennholzeinschlag und das Torfstechen, sowie für die Fischerei und Schiffswerften, kann in Nordnorwegen nicht gedeckt werden. In Ost-Finnmarken ist ein Fehlbedarf von 1 200 Arbeitskräften vorhanden, so dass der Einsatz auswärtiger Arbeitskräfte dringend erforderlich ist.

Für die Landwirtschaft und zur Sicherung der Brennstoffversorgung sind von den Arbeitsämtern in Nord-Norwegen zahlreiche Arbeitsdienst^{ver-}pflichtungen ergangen, die auf grosse Schwierig-

keiten gestossen sind. Es wurden jeweils $\frac{1}{5}$ von den Gefolgschaften der Fabriken, Büros usw. verpflichtet, abwechselnd für kürzere Zeit in der Landwirtschaft oder beim Torfstechen zu arbeiten. Wie aus Tromsø mitgeteilt wird, kann bei lebenswichtigen Betrieben in manchen Fällen nicht immer auf $\frac{1}{5}$ der Gefolgschaft verzichtet werden, weil dort die Arbeiterfrage wegen der Abwanderungen von Arbeitern nach deutschen Baustellen bereits sehr gespannt ist. Im Zusammenhang hiermit wird sowohl von deutschen als auch norwegischen Dienststellen die Notwendigkeit zur Einführung des Arbeitsbuches hervorgehoben, weil nur dadurch die Möglichkeit der Erfassung der gesamten Arbeitskräfte und des planvollen Arbeitseinsatzes gegeben sei. Der Leiter des Arbeitsamtes Tromsø hat von sich aus eine eigene Arbeitskartei aufgestellt, die sich bei der Durchführung der Arbeiten für den Arbeitseinsatz sehr gut bewährt hat.

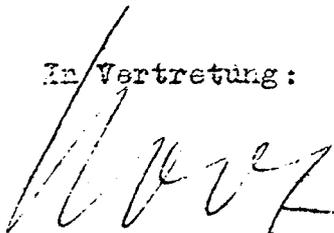
Für die Landwirtschaft werden in zahlreichen Fällen jüngere Mädchen und weibliche Angestellte dienstverpflichtet. Welche Schwierigkeiten hierbei auftreten, zeigt folgendes Beispiel:

Das Arbeitsamt Tromsø hatte etwa 100 Mädchen und Frauen die schriftliche Dienstverpflichtung übersandt, um einen angeforderten Bedarf von 72 Mädchen, die für die Heuernte in mehreren Gemeinden zum Einsatz kommen sollten, zu decken. Von den 100 Mädchen und Frauen befanden sich 10 in Urlaub, 20 konnten glaubwürdige Atteste vorzeigen und bei weiteren 10 Personen wurde die Dienstverpflichtung vom Arbeitsamt aus zwingenden Gründen wieder aufgehoben.

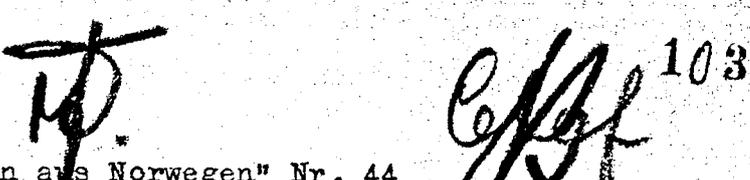
- 46 -

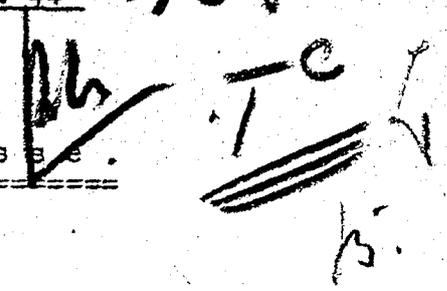
Neue Ausschreibungen zeigen immer grössere Ausfälle.
Im günstigsten Falle sind bei Dienstverpflichtungen
höchstens 50 % zu beschaffen.

In Vertretung:

A handwritten signature in dark ink, appearing to be 'M. V. V. Z.', written in a cursive style.

Sturmbannführer.


Anlage zu den "Meldungen aus Norwegen" Nr. 44


Schwedische Presse.

Meldungen über Norwegen.

Dem 70. Geburtstag des in England lebenden norwegischen Königs Håkon VII. wird in der schwedischen Presse eine ausserordentlich weitgehende Beachtung zuteil. Schon Tage vorher brachten Stockholmer und Göteborger Zeitungen Einzelheiten über die Feierlichkeiten in London wie auch in schwedischen Städten. Hierbei wurde u.a. darauf hingewiesen, dass der norwegische König unter einfachsten Verhältnissen nach soldatischer Art lebe. Haakon VII. habe vor einiger Zeit sogar geäußert, dass sein Wohnort in England nicht im "Baedeker" zu finden sei, womit er nicht auf die von der deutschen Luftwaffe bombardierten englischen "Baedeker"-Städte anspiele, sondern nur habe sagen wollen, dass er, während er für die Freiheit und Existenz seines Volkes kämpfe, nicht im Luxus lebe.

Den in allen Stockholmer Zeitungen veröffentlichten ausführlichen Berichten über die Geburtstagsfeiern in England muss der Leser entnehmen, dass hierbei alle Mittel aufgeboten wurden, die Person des Königs besonders herauszustellen. Auffallend war andererseits jedoch, dass die Rede des ehem. norwegischen Staatsministers fast ganz veröffentlicht, während die des Königs Haakon nicht einmal auszugsweise zitiert wurde. Es heisst lediglich: "Darauf sprach der König". Soweit es sich überblicken lässt, bringt nur "Svenska Dagbladet" die Worte des Königs über den Flug der Kronprinzessin Märtha von Amerika nach England.

An Geburtstagsgaben wurden Haakon u.a. ein Millionenfond überreicht, der für den Wiederaufbau Norwegens nach dem Kriege benutzt werden soll, daneben von einem Engländer ein Fahrrad sowie eine Festschrift "Alt for Norge". Diese soll Beiträge

- 2 -

von Prof. Worm M ü l l e r , Prof. K e i l h a u , Dr. Arne O r d i n g und Redakteur Einar D i e s e n enthalten. Ein Artikel über die Unionskrise bringt Einzelheiten über bisher unbekannte interne Ereignisse. U.a. soll danach Friðtjof N a n s e n seinerzeit den damaligen Prinzen Carl von Dänemark zu überreden versucht haben, die beabsichtigte Volksabstimmung über seine Einsetzung als norwegischer König nicht vornehmen zu lassen. Darauf habe aber Prinz Carl geantwortet: "Ja, das sagen Sie jetzt; aber in 20 Jahren ist Björnstjerne Björnson tot, vielleicht auch Christian Michelsen und auch Sie, Nansen leben vielleicht nicht mehr. Dann kommen die Norweger zu mir und sagen, 'was zum Teufel wollen Sie hier'." (Eine Volksabstimmung wurde vorgenommen. (Dagens Nyheter vom 1.8.).

Über das demonstrative Feiern des fraglichen Tages in Norwegen bringen zunächst die Zeitungen vom 4.8. einen gleichlautenden kurzen Bericht. Ein grosser Teil der Bevölkerung hätte Blumen im Knopfloch getragen, eine geringe Anzahl von Personen sei verhaftet worden. Am 12.8. berichten die Stockholmer Zeitungen unter grosser Aufmachung, dass am 3.8. in Oslo anlässlich der Königspropaganda ca. 900 Personen - Männer und Frauen, jung und alt - verhaftet worden seien. - "Svenska Dagbladet" vom 5.8., wie auch andere Zeitungen stellen besonders heraus, dass es Norwegern gelungen sei, einen Gruss aus dem besetzten Norwegen, unterzeichnet "Den norske Fronten", ihrem König zuzuleiten. Dieser Gruss sei auch über ganz Norwegen verbreitet worden.

In Schweden nahmen die Geburtstagsfeiern offiziellen Charakter an. König Gustaf sandte Haakon ein Glückwunschtelegramm. Prinz Carl, der Vater der Kronprinzessin Märtha, übergab dem "Norwegischen Fond" eine Spende von über 20 000 Kronen. - Die in Schweden lebenden Norweger begingen Haakons Geburtstag ebenfalls unter feierlichsten Formen. - Sämtliche grösseren Zeitungen huldigten Haakon als Menschen und Soldaten in besonderen Leitartikeln.

- 3 -

Aus dem Auslande seien Haakon Telegramme zugegangen von König Georg, England und von Präsident Roosevelt, sowie von den in England lebenden emigrierten Dänen mit Christmas M ö l l e r an der Spitze. - "Göteborgs Handels- och Sjöfartstidning" vom 1.8. brachte unter der Überschrift "Der 3. August in Dänemark" eine grosse Zeichnung von Stig H ö ö k, auf der man eine beflaggte Häuserreihe sowie drei Dänen auf einer Bank sitzen sieht, die folgendes Gespräch halten: "In Norwegen ist es verboten, König Haakons 70. Geburtstag zu feiern. - Ja, aber uns kann man das ja nicht verweigern, denn er ist doch ein Bruder unseres Königs."

Ein Teil der finnischen Presse hat ebenfalls in langen Artikeln und durch Bildmaterial Haakons Geburtstag gedacht.

Im übrigen bringt die schwedische Presse auffallend wenig Berichtstoff und Kommentare über die Verhältnisse in Norwegen. Von Bedeutung scheint die geheim-gehaltene Reise Quislings zu Hitler für die schwedische Presse zu sein. Diese Reise soll im Zusammenhang mit den Ereignissen um den 25. September 1942, dem nichtgeklärten Kirchenstreit und der Abwicklung des Lehrere-streites stehen ("Socialdemokraten" 9.8.).

Am 11.8. dagegen melden die Stockholmer Blätter gleichlautend, dass die Quisling-Behörden gegen die neugebildete Kirchenfront mit allen Mitteln vorgehen werden. In kirchlichen Kreisen Norwegens erwarte man nun eine Verschärfung des Kirchenstreites, obwohl von deutscher Seite aus eine gewisse Entspannung angekündigt worden sei. - Das Auftreten Bischofs L o t h e s in Hird-Uniform hat den Vertreter des schwedischen Nachrichtenbüros T.T. in Oslo veranlasst, das norwegische Kirchendepartement nach dem Grund zu fragen. Von dort sei ihm mitgeteilt worden, dass den Geistlichen freistehe, Uniform ausserhalb des Dienstes zu tragen.

In grosser Aufmachung teilen fast alle Zeitungen vom 6.8. mit, dass den abgesetzten Bischöfen und Pfarrern die Reise-genehmigung nach Oslo zwecks Teilnahme an einer Kirchensitzung von dem deutschen Ortskommandanten Oslo, Generalleutnant Harmjanz, trotz

- 4 -

nachträglichen Protestes von Jonas Lie ausdrücklich erteilt worden sei.

"Dagens Nyheter" vom 3.8. meldet, dass die dänische Grenzzeitung "Folkung" eine neue Serie unter dem Namen "Nordiske Kroniker" herausgegeben habe. Die erste Nummer, die Dokumente über den norwegischen Kirchenstreit behandelt habe, sei von den Besatzungsbehörden verboten worden.

Zum Lehrerstreit meldet "Dagens Nyheter" vom 9.8., dass ein grosser Teil der in Arbeitslagern internierten norwegischen Lehrer freigelassen worden sei und das Lehramt fortsetzen könne. Eine besondere Loyalitätserklärung sei von ihnen nicht gefordert worden. Die Freilassung stehe - wie bereits oben erwähnt - mit Quislingsreise zu Hitler in Verbindung. -

"Svenska Dagbladet" vom 2.8. veröffentlicht einen angeblich von im Gefängnis sitzenden norwegischen Lehrern an ihre Schüler gerichteten Brief. In diesem Brief werden die Schüler u.a. aufgefordert, in die Schule zu gehen und zu lernen, denn Wissen sei für den Aufbau Norwegens wichtiger als alles andere.

Wie üblich werden Meldungen über Massenverhaftungen norwegischer Arbeiter, die zu streiken oder zu fliehen versuchten, gebracht. Besonderes Aufsehen erregt die angebliche Verhaftung der Schiffsreeder Kristen G r a h n und Halfdan G r i e g . - Der Sohn Berggravs, Öivind B e r g g r a v , sei freigelassen worden. (Sv.D.11.8.)

"Dagens Nyheter" vom 1.8. weiss von einer Reinigung unter den norwegischen Unternehmern durch die verantwortlichen Männer der Organisation Todt zu berichten.

Der Polizeimeister von Sarpsborg, H o l t s k o g , wurde in der gesamten schwedischen Presse wegen seiner Methoden in längeren Kommentaren behandelt. Die freiwillige Meldung Holtskogs an die Ostfront wird von dem schwedischen Nachrichtenbüro T.T. dahingehend kommentiert, dass H. wegen seiner zu eifrigen Neuordnungspolitik gehen musste.

- 5 -

Mit der wirtschaftlichen Versorgungslage und den hieraus entstehenden Gesundheitsschäden befasst sich "Svenska Dagbladet" vom 7.8. Es wird betont, dass die unzulänglichen Rationierungen verdeckte Krankheiten zur Entwicklung brächten. Besonderes sei dabei im Hinblick auf die Ausbreitung der Tuberkulose zu befürchten. Der norwegische Tuberkulose-Inspektor Dr. B r o c h - m a n n habe angeordnet, dass das gesamte norwegische Volk auf Tuberkulosebazillen hin untersucht werden solle. Tuberkulosekranke sollten in ein Konzentrationslager geschickt werden. Bereits 1940 wollten Gesundheitsorganisationen in Norwegen zusammen mit dem Medizinaldirektorat ein Verzeichnis über Tuberkulosekranke aufstellen, wogegen trotz des Interesses deutscher Behörden die NS Einspruch erhob.

"Socialdemokraten" vom 7.8. meldet aus Göteborg, dass Schweden ihren Angehörigen in Norwegen Nahrungsmittelpakete schicken dürften. Die bisher abgesandten Pakete seien zwar in Norwegen angekommen, man habe aber feststellen müssen, dass die Pakete geöffnet und vom Inhalt einige Sachen verschwunden sind. Aus einem Paket seien so z.B. ein Kilo Butter, 1/2 Kilo Käse, 1/2 Kilo Schokolade und 1/2 Kilo Karamellenbonbons verschwunden.

Alle grösseren schwedischen Zeitungen brachten, wie nachträglich festgestellt werden kam, einen Bericht ihres Korrespondenten in Amerika über die norwegische Fliegerausbildungsschule in Kanada "Little Norway". Die Veröffentlichung dieses Artikels wurde einheitlich am 29. Juli vorgenommen, woraus zu schliessen ist, dass hier eine Aktion der englischen Propaganda vorliegt.